

Kein Zurück in die 30er Jahre  
Seite 4 und 5

Nr. 80 — Dezember/Januar 85/86  
1,00 DM — Solidaritätspreis 1,50 DM

# Kohls leere Versprechen

## Aufschwung nur durch

## Sozialismus

Als Kohl die Regierung übernahm, versprach er eine Wende in der Entwicklung der Wirtschaft. „Den Aufschwung wählen“ lautete die Wahlparole. Die Arbeitslosigkeit sollte in kürzester Zeit drastisch vermindert werden.

Einen Aufschwung hat es zwar seit 1983 gegeben, aber in erster Linie einen Aufschwung der Börsenkurse und Profite. Die Arbeiter, die Rentner, die Jugendlichen — sie alle gucken in die Röhre. Die Sozialleistungen wurden gekürzt, die Nettoreallöhne sanken in jedem „Aufschwungsjahr“ weiter und die Arbeitslosigkeit erreichte immer neue Nachkriegsrekorde.

Aber statt sich selbstkritisch mit diesen Tatsachen auseinanderzusetzen, wirft die Propagandamaschine der Regierung immer größere Versprechungen aus. Sie wird dabei kräftig unterstützt von den gut bezahlten Schönfärbern und Gesundheitsberatern in Wissenschaft und Medien:

— Die wirtschaftlichen Bedingungen seien seit 15 Jahren nicht so günstig gewesen;  
— Der Aufschwung werde dauerhaft sein und im nächsten Jahr auch endlich die Arbeitslosigkeit merklich abbauen...

wegen der seit Jahren rückläufigen Reallöhne kein Anstoß zu erwarten, Außerdem hat ein Aufschwung in der Vergangenheit selten länger als die bisherigen drei Jahre gedauert.

Deutlich ausgesprochen: Es ist zu erwarten, daß die nächste weltweite Wirtschaftskrise in diesem Winter in den USA beginnt und sich im Laufe des Jahres 1986 mit kleiner Verzögerung auch auf Westeuropa und die Bundesrepublik ausweiten wird. Dies wird eine neue Runde von Sozialabbau, Lohnsenkungen und steigender Massenarbeitslosigkeit nach sich ziehen.

### Künstlicher Aufschwung

Aber lassen wir uns nicht für dumm verkaufen! Der bisherige, ohnehin schon schwächliche Aufschwung stützte sich in erster Linie auf die rasant steigenden Exporte der bundesdeutschen Wirtschaft. Besonders die Exporte in die USA stiegen allein 1984 um 46% im Vergleich zum Vorjahr. Der amerikanische Markt kam zustande durch den hohen Dollarkurs und den relativ kräftigen Aufschwung in den Vereinigten Staaten. Dieser Aufschwung war aber unsolide finanziert, nämlich durch staatliche Geldspritzen und auf Pump. Reagan häufte mit 204 Milliarden Dollar ein Rekorddefizit im Haushalt an; die USA sind in Kürze die größte Schuldnation der Welt.

Gegenwärtig aber kommt der US-Wirtschaftsmotor zunehmend ins Stottern (schrumpfende Wachstumsraten), und der Dollarkurs ist gesunken. Schon sind auch die Auftragsgänge bei der deutschen Industrie in zwei aufeinanderfolgenden Monaten zurückgegangen. Von der Konsumnachfrage im Inland ist

### Nächste Krise diesen Winter

Und da die seit der ersten Weltrezession von 1974/75 im Trend abwärtsgerichtete Wirtschaftsentwicklung Ausdruck einer tiefen Strukturkrise dieses Wirtschaftssystems ist, werden auch die darauffolgenden Jahre nur immer weitere Opfer, steigende Arbeitslosigkeit und Armut für die Arbeiterklasse bringen.

Der Kapitalismus ist tödlich krank und überlebt. Nur eine sozialistische Gesellschaftsordnung, in der die Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt sind und von den arbeitenden Menschen demokratisch geplant werden, kann eine gesunde Wirtschaftsentwicklung, Arbeit für alle und einen menschenwürdigen Lebensstandard garantieren.

Traut Kohl und Co. nicht — ihre Aufschwungversprechungen für die nächsten Jahre werden sich schon bald als Fata Morgana herausstellen!

Joachim Heuck, Hamburg  
SPD-Mitglied



## Für sozialistische Offensive der SPD

Nach zweieinhalb Jahren Kohlregierung ist die Arbeitslosigkeit trotz eines kleinen Wirtschaftsaufschwungs auf heute 2,2 Millionen Arbeitslose angewachsen. Große Löcher wurden ins soziale Netz gerissen und Angriffe auf die Gewerkschaften durchgeführt. Hunderttausende auf dem DGB-Aktionstag am 19. Oktober zeigen die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse mit der gegenwärtigen Regierung.

Schon die SPD/FDP-Koalition unter Schmidt und Genscher hatte Kürzungen im Sozialbereich auf Kosten der Bevölkerung durchgesetzt. Diese Kürzungen führte die CDU-Regierung im großen fort. Die Quittung dafür wird sie spätestens 1987 bei den Bundestagswahlen bekommen. Die SPD hat gute Aussichten, erstmals in ihrer Geschichte die absolute Mehrheit zu erreichen. Dann muß eine Politik im Interesse der Arbeiter, Angestellten, Frauen, Jugendlichen und Rentner durchgesetzt werden. Im Gegensatz

zu ihnen, deren Lebensstandard seit Jahren schrumpft, hat das Kapital während des momentanen kleinen Aufschwungs seine Profite noch einmal kräftig steigern können.

### Mehrheiten in den Ländern nutzen

Schon heute könnte die SPD ihre Mehrheit in vielen Kommunen und in 5 Bundesländern nutzen, der konservativen Politik kräftig Paroli zu bieten.

Kürzlich wurde ein vertrauliches Schreiben des NRW-Finanzministers Posser (SPD) an seine Kabinettskollegen bekannt, in dem es heißt: Hauptursache für die stark angestiegene Verschuldung sei unter anderem „in Mehrausgaben zu suchen, die wir als sozialdemokratisch geführte Regierung und Fraktion aus politischer Überzeugung in der Vergangenheit auf uns genommen haben, aber in diesem Umfang nicht mehr überall durchhalten können.“

Doch diese sozialen Leistungen werden für mehr und mehr Leute

Notwendigkeit, sie sind in der Regel letzte Möglichkeit vor sozialem Abstieg, sie gewährleisteten Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen zumindestens vorübergehend eine Arbeitsmöglichkeit oder halten dringend nötige soziale Aufgaben aufrecht.

### Keine Krisenverwaltung

Possers Zitat ist leider typisch für die Haltung der SPD-Spitze. Es zeigt, wie schnell sich sozialdemokratisch geführte Regierungen zu Angriffen auf den Lebensstandard ihrer Wähler und ihrer eigenen Basis gezwungen sehen, wenn sie sich bemühen, den Kapitalismus besser zu managen als die Kapitalisten selbst.

Ob sie zu diesen Kürzungen auch bereit wären, wenn sie dadurch so hart getroffen würden wie ein Arbeiter oder kleiner Angestellter, der keine hohen Diäten erhält?

### Fortsetzung

letzte Seite



VORAN zur sozialistischen Demokratie  
Überregionale marxistische Zeitung  
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaft  
Erscheint im zwölften Jahrgang  
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1  
Telefon 0221/ 13 45 04  
Bankverbindung: PschA Essen, Konto Nr. 2500 59-430  
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.  
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger  
Druck: Prima-Print, Brüsseler Platz 22, 5 Köln 1

## DGB-Aktionswoche: Klares Programm nötig

Die DGB-Aktionswoche im Herbst '85 war ein wichtiger Höhepunkt gewerkschaftlicher Aktivitäten in den letzten Jahren. Die bürgerliche Presse hetzte wochenlang dagegen: „... militante Aufrufe im Vorfeld nähren den Verdacht, daß sozialistische Kader etwas anderes im Auge haben: Den Sturz dieser Regierung.“ (Frankfurter Allgemeine vom 11. Oktober)

Diese eigentlich löblichen Ziele mögen so manche Aktivisten vor Augen gehabt haben. Doch leider saßen die „sozialistischen Kader“ nicht in den Gewerkschafts-Vorständen. Denn der Sturz der Kohlregierung stand nach dem Willen der DGB-Führung nicht zur Debatte. Man wolle nur „eine andere Politik, nicht eine andere Regierung“, betonten DGB-Funktionäre unablässig vor und während der Aktionswoche. Doch wie kann man von einer bürgerlichen Regierung verlangen, doch bitte keine bürgerliche Politik zu betreiben?

Sicherlich haben 1983 auch eine ganze Reihe Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder CDU gewählt. Doch die Stimmung ist inzwischen umgeschlagen, wie man an den letzten Landtagswahlen und den derzeitigen Umfragen deutlich sieht. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, Skandale und Korruption in der Regierung haben viele zunächst gutgläubige Wähler enttäuscht.

Diese Stimmung hätte der DGB aufgreifen müssen. Die Orientierung auf „Appelle an die Rechtsregierung“ hat die politische Stoßkraft der Demonstrationen in eine falsche Richtung gelenkt und von vorneherein abgeschwächt.

### Schwache Mobilisierung

Darunter hat auch die Mobilisierung und Teilnahme an der Aktionswoche gelitten. Viele Aktivisten waren mißtrauisch, ob hier nicht nur „Dampf abgelassen“ werden und ansonsten die ganze Aktionswoche ziemlich folgenlos bleiben sollte.

Außerdem wurde seitens des DGB-Apparates örtlich und regional zum Teil recht schwach mobilisiert. Hätten nicht die Bundesregierung, CDU-Oberdemagoge Geißler und die bürgerlichen Medien aus lauter Furcht vor einem größeren Ansturm eine starke Gegenpropaganda-Offensive gestartet: Große Teile der Bevölkerung hätten womöglich gar nichts von einer bevorstehenden Aktionswoche des DGB gehört.

Daß in Anbetracht dieses fehlenden Schwungs bei der Mobilisierung dennoch 600.000 daran teilgenommen haben, ist ein großer Erfolg. Er läßt nur ahnen, was bei groß angelegter politischer und organisatorischer Mobilisierung dringewesen wäre. Immerhin hat die Friedensbewegung in ihrem Aktionsherbst 1983 in drei regionalen Großkundgebungen an einem Tag 1,5 Millionen Menschen auf die Beine gebracht. Und die Kundgebung gegen Sozialabbau in Dortmund im Herbst '83 zählte allein 300.000 Teilnehmer.

Durch eine frühzeitig und breit angelegte Kampagne hätten diesmal Millionen auf die Straße gebracht werden können: Die Gewerkschafts-, aber auch die SPD-Führung hätte auf allen Ebenen, bis hin zu allen Ortsvereins- und Vertreterversammlungen die Mitglieder aufklären, begeistern und mobilisieren müssen; durch eine Offensive nach Außen hätten weitere Schichten der Bevölkerung (Hausfrauen, Rentner, Schüler) mit einbezogen werden können.

In der Aktionswoche selbst hätten jeden Tag größere und kleinere öffentliche Veranstaltungen und Aktionen laufen müssen; am Freitag nachmittags wären Proteststreiks, verbunden mit lokalen Kundgebungen, denkbar gewesen; am Samstag selbst wäre demgegenüber die Konzentration der Kräfte auf wenige Großkundgebungen (statt auf 18!) besser gewesen.

### Andere Regierung und andere Politik

Doch Voraussetzung für eine erfolgreiche organisatorische Mobilisierung ist eine klare inhaltliche Grundlage, ein Kampfprogramm zur Verteidigung des Lebensstandards und der gewerkschaftlichen Rechte. Die Durchführung eines solchen Programms kann es mit der derzeitigen Regierung nicht geben. Die einzige Alternative ist eine SPD-Regierung — aber mit einem sozialistischen Programm. Die Äußerung von Johannes Rau, er wolle nun doch nicht alle Kürzungen zurücknehmen, und das kürzlich vorgelegte Wirtschaftsprogramm der SPD-Führung lassen wenig Gutes ahnen. Hier müssen die Gewerkschaftsführungen und alle Mitglieder in nächster Zeit ihre ganze Kraft in die Waagschale werfen, damit wir den Sturz der Kohlregierung erleben — danach jedoch keine Fortsetzung der Politik Helmut Schmidts mit anderen Personen, sondern die Umwälzung der Gesellschaft nach sozialistischen Grundsätzen.



### VORAN-Seminar

Bei dem Anfang Dezember stattfindenden VORAN-Seminar zu den Themen  
● Weltwirtschaftskrise  
● Perspektiven für die politischen Entwicklungen in der BRD  
sind noch einige Plätze frei. Anmeldungen und Einzelheiten über die Redaktion: Tel. 0221/134504

# KAMPFONDS Stärkt die Marxisten!

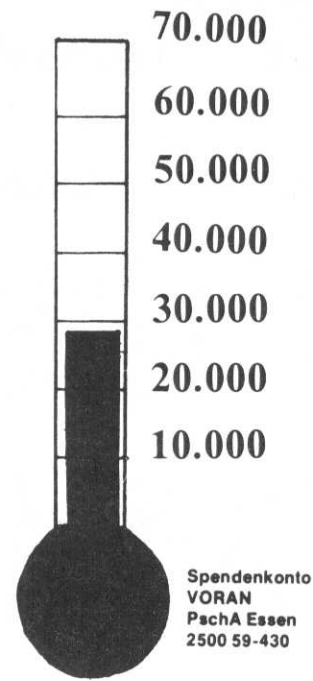


Manchen Arbeiter wird wohl bei der erneuten Diätenerhöhung unserer Damen und Herren Bundestagsabgeordneten wieder die Wut gepackt haben. Diese haben sich noch einmal mit 7% eine dickere Lohnerhöhung als ihren Wählern gegönnt. Allen voran unser Bundeskanzler, der von nun an saftige DM 20.942,52 monatlich „verdient“ — das Zehnfache eines durchschnittlichen Arbeiterlohns. (Ob er wohl dafür 10 mal so viele Stunden in der Woche arbeitet!?)

Aber man muß ja sehen — er hat einen schwierigen Job. Einerseits muß er die Interessen des Kapitals gegen den erklärten Willen der in den DGB-Gewerkschaften organisierten 7 1/2 Millionen Arbeiter und ihrer Familien durchzusetzen versuchen und andererseits auch noch diese Klassenpolitik als „fair“ und ausgewogen verkaufen. Aber wie sagte der amerikanische Präsident Lincoln? Du kannst einigen Leuten die ganze Zeit und allen Leuten für einige Zeit was vormachen; aber allen Leuten die ganze Zeit was vormachen — das geht nicht!

Die Teilnahme mehrerer Hunderttausend Arbeitnehmer an den Demonstrationen der DGB-Aktionswoche beweist, daß ihm dieses Kunststück nicht mehr gelingt. Außerdem haben ca. 2 Millionen Arbeitnehmer, die 1983 CDU gewählt haben, mittlerweile gezeigt, daß sie die Lektion der letzten zwei Jahre gelernt haben, indem sie bei den Landtagswahlen in NRW und im Saarland der SPD ihre Stimme gegeben haben.

Immer mehr Jugendliche und Arbeiter verstehen, daß wir dringend diese Regierung loswerden müssen — lieber 1985 als 1987! Aber wir brauchen eine SPD-Regierung mit



Folgende Leser seien stellvertretend für viele andere kleine und große Spenden genannt:

Bei einem Lesertreffen in Aachen wurden DM 101,94 gespendet; bei einem Essen in Bremerhaven DM 85,-; bei einer Verlosung in Köln wurden DM 40,- gesammelt; ein Azubi in Lübeck spendete DM 10,-; außerdem wurden dort in der DGB-Aktionswoche DM 38,61 gesammelt. Zwei Remscheiderinnen — Angelika und Ute — spendeten j weils DM 10,-. Und — last but not least: Bei einem Lesertreffen mit anschließendem Essen zugunsten des Kampffonds in Stuttgart wurden DM 250,- gesammelt, außerdem spendeten zwei türkische Bandarbeiter aus Stuttgart jeweils DM 50,-!

einem sozialistischen Programm und einer Strategie zur Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung. VORAN ist die einzige Zeitung in der Arbeiterbewegung, die ein solches Programm und eine praktische Strategie vermittelt. Außerdem fordert sie, daß alle Arbeitnehmervertreter — ob in der Gewerkschaft oder der SPD — nicht mehr als einen durchschnittlichen Arbeiterlohn verdienen und jederzeit abwählbar sein sollten, um sicherzustellen, daß sie nicht durch ein aufgeblähtes Einkommen und einen abgehobenen Lebensstil vergessen, wessen Interesse sie tatsächlich verteidigen sollten!

VORAN wird von den „kleinen Leuten“ unterstützt und auch von ihren geringen Mitteln finanziert. Aber es zeigt sich anhand unserer bisherigen Sammelergebnisse (DM 29000 für 1985), daß, wenn viele Leser kleinere Beträge spenden, Großartiges dabei herauskommen kann! Trotz aller Spendenbereitschaft hinken wir dennoch ziemlich hinter unserem kühnen Jahresziel her und müssen im letzten Monat des Jahres stark aufholen, wenn wir die (objektiv notwendigen) DM 70.000 erreichen wollen! Deshalb appellieren wir an unsere Leser und Anhänger, ganz besonders tief in die Tasche zu greifen. Die Jahreszeit bietet sich geradezu an, denn jetzt naht die Zeit des Weihnachtsgeldes für Berufstätige und der Geldgeschenke an die Jugendlichen! Fragt Eure Familien und Freunde bereits im voraus nach einer Spende für VORAN. Denkt daran: Lieber die marxistischen Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung als die Absätze der Unternehmer steigern!

F. Garvie, Redaktion Köln

## Ein „Traum“ in rot—Militants 21. Geburtstag

Die „Royal Albert Hall“ ist ein königliches Gemäuer mit Tradition, ein Traum in rotem Samt und Seide. Am 2. November versammelten sich dort 5.000 Marxisten, vor allem aus Großbritannien, um den 21. Geburtstag der marxistischen Zeitung Militant zu feiern. Wo sich sonst Geld- und anderer Adel feiern lassen, beherrschten diesmal Pullover und Parka, Schlachtrufe und kämpferische Reden das Bild.

Der Präsident der Bergarbeiterge-

satz von bewaffneter Polizei und Armee den „Bürgerverein“ dennoch zwang, die Gewerkschaft anzuerkennen. Harry de Boer war der „Captain“ der 5.000 Streikposten gewesen. Nichts hielt uns mehr auf den Stühlen, als wir Harry zuklatschten. Das ist ein Mann, von dem sich unsere heutigen „Arbeiterführer“ ein Scheibchen abschneiden können!

Aber Minneapolis gibt es auch heute. Liverpool heißt es. Auch gibt es Generalstreiks, letztes und dieses

absolute Mehrheit gewinnen kann“, erklärte Peter Taaffe, der Herausgeber der Militant. Dies mag die Londoner Parteizentrale nicht gern hören, aber auch für das Mikro war das zuviel, es fiel aus. So redete Peter eben ohne und jeder lauschte so aufmerksam, daß man eine Stecknadel hätte fallen hören können.

Auf der diesjährigen „Geburts-tagsfeier“ waren fast doppelt so viele wie letztes Jahr und es wurden 100.000 DM an Spenden gesammelt. Kennst Du eine politische Versammlung, auf der schon einmal so viel Geld gesammelt wurde?

Am Tage vor der Veranstaltung schrieb die Sunday Times, daß Militant Schwierigkeiten hätte, neue Anhänger zu finden und Spenden zu sammeln. Wenn so Schwierigkeiten aussehen, kann man sich nur mehr davon wünschen!

Den Abschluß bildete ein Feuerwerk, begleitet von Beethovens 9. und der Internationale — so, wie sie klingen soll!

Nächstes Jahr kannst Du auch dabei sein, dann vielleicht in einem Sportstadion?

Dieter Affeln, Köln  
Jungsozialist



Ob alt, ob jung — gemeinsam für den Sozialismus kämpfen!

werkschaft von Kent hielt die erste Rede. Dann fiel das Scheinwerferlicht auf einen alten Mann, der langsam auf die Rednertribüne zuzug, dort jedem die Hand schüttelte und dann ruhig begann zu erzählen.

Die Unternehmer hatten jahzehntelang die Macht in Minneapolis. Dann begann eine Handvoll Trotzisten, die Gewerkschaft zu organisieren, bis dann der Generalstreik 1934 trotz Sabotage der nationalen Gewerkschaftsführung, Ein-

Jahr, gegen die Kürzungen der konservativen Regierung. Solidarität tut Not, „aber wo seid Ihr?“ war die Frage an die Führer von Gewerkschaft und Labour Party gestellt von Terry Fields und Derek Hatton, dem Parlamentsabgeordneten und stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden von Liverpool.

„Die Stimmengewinn für die Liverpooler Labour Partei zeigen, daß die Labour Partei landesweit mit einem kämpferischen Programm die

### Auflösung des Bilderrätsels

Die „Bilderrätsel“ in den letzten zwei Ausgaben der VORAN waren ein unangefordertes Service der Druckerei Farbo in Köln. (Auflösung der letzten Nummer: Fotos Seite 2 und Seite 5 waren vertauscht. Na, habt ihr es rausgekriegt?) Als wir aber, nachdem Nr. 79 nach zwei Wochen ausverkauft war, wochenlang rätseln durften, ob die Druckeri in der Lage wäre, nachzudrucken oder nicht, verging uns das Lachen endgültig. Wir haben die Druckerei gewechselt.



# DGB-Aktionswoche

**Aachen.** Obwohl kaum für die Kundgebung mobilisiert wurde, nahmen dennoch nach DGB-Angaben ca. 2000 Demonstranten aus Aachen an der Kundgebung in Dortmund teil. Vertreter des DGB gaben nach der Aktionswoche inoffiziell zu, daß sie über die zahlreiche Beteiligung an den Kundgebungen überrascht gewesen seien.

Der DGB mobilisierte nur mit angezogener Handbremse. Als eine aktive Genossin 5000 Flugblätter abholen wollte, wurde sie von dem vollkommen überraschten Funktionär gefragt, ob man denn überhaupt so viele Flugblätter verteilen könne. Sie erhielt dann noch gerade 2500 Flugblätter (Aachen hat 240.000 Einwohner!), die von den Marxisten in der SPD vor Betrieben und in der Stadt verteilt wurden.

Von der Aachener SPD war offiziell nichts zu vernehmen. Nur die AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD) hat sich erfreulicherweise mit Ständen und Flugblattaktionen beteiligt. Die vielfältigen Aktionen der AfA sind auf engen Kontakt mit der Basis zurückzuführen.

Helmut Bange, Aachen

**Bremerhaven**

Die Aktionswoche war nicht das, was sich viele Genossen und Gewerkschaftsaktivisten erhofft hatten. Doch ein Schlag ins Wasser, wie es die Bundesregierung behauptete, war sie selbst in Bremerhaven nicht.

So waren Aktionen der DGB-Jugend vor den Berufsschulen erfolgreich, viele Jugendliche konnten hier für die Gewerkschaft gewonnen werden. Das zeigte, daß unter Jugendlichen ein großes Potential für die Unterstützung gewerkschaftlicher und sozialistischer Positionen besteht.

Die organisatorische Vorbereitung des DGB und auch der SPD war so, daß die geringe Beteiligung und die allgemeine Lustlosigkeit nicht von ungefähr kamen. Die Kollegen wurden sehr spät und unzureichend informiert. Viele von ihnen, vor allem Lehrlinge, bekamen nicht einmal ein Flugblatt.

Auch die inhaltliche Vorbereitung

war katastrophal. Auf der Auftaktveranstaltung sprach der DGB-Kreisvorsitzende darüber, daß man nicht die Bundesregierung, sondern deren Politik bekämpfen wolle. Für ihn seien die Aktionen der Gewerkschaften ein Mittel, die Bundesregierung davon zu überzeugen, daß sie auf dem falschen Weg ist und ihre Politik zum Wohle aller ändern sollte.

Bei diesem völligen Mangel an Perspektiven ist es nur allzu verständlich, daß die Arbeiter und Angestellten nicht in begeisterten Scharen an Kundgebungen, Demonstrationen und anderen Veranstaltungen teilgenommen haben, denn wer glaubt schon daran, daß man diese Regierung dazu bringen könnte, ihre Politik grundsätzlich zu ändern?

Auch für politische Gruppierungen war die Aktionswoche kein Ruhmesblatt. SPD, Jusos und DKP/SDAJ-ler auf Veranstaltungen zu sehen, war schon eine Seltenheit.

Insofern gehörten die Unterstützer von VORAN mit zu den Aktivisten in der Aktionswoche. Wir verkauften innerhalb von fünf Tagen über 80 Zeitungen, was man vor dem Hintergrund dessen, was in Bremerhaven (nicht) los war, schon als Erfolg ansehen muß.

Für uns waren die Höhepunkte zwei Diskussionen über Kommunalpolitik (Finanzkrise und Arbeitslosigkeit) in Bremerhaven. Bei diesen Veranstaltungen griffen wir ein und stellten unsere sozialistische Alternative zur jetzigen Sparpolitik der SPD in unserer Stadt dar.

Matthias Pfeifer Bremerhaven  
Jungsozialist

**Stuttgart**

Die DGB-Demonstration gegen Sozialabbau und für Arbeitnehmerrecht zum Abschluß der DGB-Aktionswoche waren ein Erfolg. Dem DGB-Aufruf folgten Hunderttausende, und das, obwohl der DGB nicht voll gegen die Kohlregierung mobilisiert hatte. Die Stimmung war wohl radikaler, als mancher Redner sich gedacht hatte. Deshalb gab es auch keine Beifallsstürme für diejenigen, die noch kurz vor der Demo mit Regierung und Unternehmern

# 600.000 auf der Straße trotz mangelnder Vorbereitung



Schon jetzt zeigen viele Arbeiter ihre Bereitschaft, sich zu wehren.

verhandelten.

Kein Wunder, daß sich bei so einer Stimmung VORAN mit der Schlagzeile „Stürzt die Kohl-Regierung“ sehr gut verkaufen ließ. Immer mehr Menschen in diesem Land, seien es Rentner, Schüler, Hausfrauen oder Arbeitnehmer, wird klar, daß die Kohl-Regierung eine Regierung der Unternehmerinteressen ist.

Bis jetzt hat sie über 200 Milliarden DM von den Arbeitnehmern und vor allem den Arbeitslosen genommen und den Bonzen in den Rachen gestopft. Durch die Steuerreform, die ab 1986 in Kraft treten wird, spart ein Arbeiter mit 35.000 DM steuerpflichtigem Jahreseinkommen monatlich 10 DM, ein Manager mit 240.000 DM Jahreseinkommen dagegen 600 DM ein.

Angesichts dieser Zahlen kann die DGB-Aktionswoche nur der Auftakt zu weiteren Aktionen und Demonstrationen gegen die Skandalriege in Bonn sein. Der DGB muß seine Mitgliedschaft noch besser mobilisieren und weitere Großdemonstrationen gegen die Regierung durchführen. Die SPD muß diesen Protest von der Straße in den Bundestag einbringen und eine aktive und offensive Oppositionspolitik betreiben, wenn es nicht so weit kommen soll wie in Großbritannien, wo die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung von der erzkonservativen Thatcher-Regierung systematisch zerstört werden sollen. Erste Ansätze sind ja bereits vorhanden, siehe das neue Betriebsverfassungsgesetz. Daß Aktionen und Demonstrationen großen Wie-

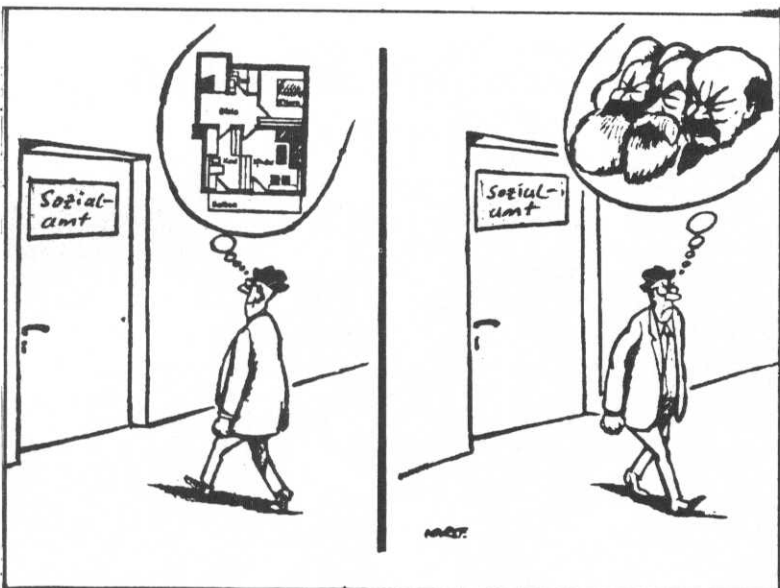
derhall in der Bevölkerung finden würden, ist sicher, denn von Tag zu Tag wird der Zorn gegen Kohl und Co. und gegen das kapitalistische System größer.

Der DGB und die SPD dürfen sich nicht mit der Forderung nach ein bißchen mehr soziale Gerechtigkeit im Rahmen des Kapitalismus begnügen. Sie müssen sich ihrer Ursprünge erinnern und ihren Protest gegen das gesamte kapitalistische Wirtschaftssystem richten, denn die Aufhebung der Klassenschranken, die Rettung der Umwelt und die Erhaltung des Friedens sind nur im Rahmen einer wirklichen sozialistischen Demokratie möglich.

Boris Kanzleiter Stuttgart  
Jungsozialist

# Wohngeld als Schweigegeld

Am ersten Januar 1986 tritt eine neue Wohngelderhöhung in Kraft. Der Mietzuschuß erhöht sich dann um ca. 42 DM. Die letzte Anpassung liegt jetzt schon fünf Jahre zurück. Die Anpassung ist also schon längst überfällig. Seit der letzten Wohngelderhöhung sind die Kosten für Miete, Strom und Heizung bis zu 20% gestiegen. Hinzu kommt, daß sich die Nebenkosten in vielen Fällen zu einer zweiten Miete entwickeln.



Es ist lächerlich anzunehmen, daß eine solche Anpassung die finanzielle Situation einkommensschwacher Haushalte wesentlich verbessert, zumal die Reallöhne ständig sinken, Sozialleistungen weiter abgebaut wer-

den und große Einkommenseinbußen durch die hohe Arbeitslosigkeit entstehen.

Die Kohl-Regierung war so in ihre Aufgabe, den Arbeitern die Taschen zu leeren, vertieft, daß sie der Unmut

der Arbeiter, über ihre Politik nicht störte. Die Stimme des Arbeiters wurde aber immer lauter, und die Regierung konnte sich mit ihren billigen Ausreden nicht mehr aus der Affaire ziehen. Sie gibt den Menschen einen winzigen Teil dessen, was sie ihnen genommen hat, wieder zurück, um ihn zu beruhigen. Schweigegeld.

Zu viele Haushalte nehmen noch immer nicht ihr Recht wahr, ihre finanzielle Belastung durch Erlangung von Wohngeld zu schmälern. Einige Gründe sind wohl große Wartezeiten auf dem Sozialamt, umständliche bürokratische Antragsverfahren, oft total überlastete Sachbearbeiter und eine unzureichende Aufklärung der Mieter von Seiten der Regierung.

Deshalb müssen SPD und Gewerkschaften gemeinsam diese Forderungen aufstellen und entschlossen unterstützen:

- Einheitliche Mieten, je nach Zustand, Alter und Größe der Wohnung gestuft und dem durchschnittlichen Nettoverdienst der arbeitenden Klasse angepaßt.
- Sofortiger Mietpreisstop
- Ein massives Wohnungsbauprogramm
- Begrenzung der Miethöhe
- Mindesteinkommen von 1500 DM für jeden.

Manfred Pandberb, Aachen  
Jungsozialist

Gespräch mit Antje aus Lübeck

# Armut, Alkohol Auswege

„Es ist bestimmt nicht der Fall, daß es den Sozialhilfe-Empfängern gut geht. Anderthalb Jahre habe ich unter ihnen gelebt. Es waren sehr viele, die arbeitslos waren oder geworden waren. Darunter leiden nicht nur die Eltern, sondern auch die Kinder. Der Vater wird arbeitslos, die Mutter ist arbeitslos, beide sind sehr unglücklich, sie streiten sich dann öfter. Dann kommt es zu Konfliktsituationen, der Vater greift zum Alkohol, die Mutter schließlich auch, sie schlucken Tabletten oder werden rauschgiftsüchtig.“

Die Kinder verelenden, lassen sich tage- oder wochenlang in der Schule nicht mehr blicken, die Leistungen werden schlecht, sie treiben sich dann auf der Straße rum. Und ewig sehen sie die Eltern betrunken im Sessel sitzen. Die Kinder sehen einfach keinen Sinn mehr im Leben.

Diese Leute sind ja nicht selber schuld, es kann keiner was dafür, wenn er entlassen wird, wenn zum Beispiel Computer die Arbeitsplätze wegnehmen.

Der Spruch von den Punks — „No Future“ — das trifft auf unsere heutige Gesellschaft mit dem, was sie uns Jugendlichen zu bieten hat, vollkommen zu. Viele von den Punks haben sicherlich auch viele Bewerbungen abgeschickt und sind nicht angenommen worden. Da verliert

man das Selbstwertgefühl. Da finden viele auch ihren Trost im Alkohol.

Ich muß sagen, arbeitslos zu sein, ist das Grausamste, was es gibt. Die meisten Deutschen sind im Stress, aber keine Arbeit, keinen Tagesinhalt zu haben, das ist deprimierend.

So gesehen, würde ich sofortige Neuwahlen begrüßen. Es müßte aber einen gewaltigen Aufruf geben, wir müßten allen Leuten klarmachen, was sie sich einhandeln, wenn es so weitergeht. So ist es ein ständiger Kreislauf, der ins Elend oder in die Arbeitslosigkeit führt. Die Armen werden ärmer, die Reichen sitzen auf ihren Reichtümern. Ich fände es gut, wenn wir Demokratie und Planwirtschaft verbinden würden, das ist die einzige Möglichkeit.

Ich finde es gut, daß in VORAN Leute zu Wort kommen, die sich in einer solchen Lage befinden. Auf alle Fälle nehme ich ein Exemplar mit, ich werde es so weit wie möglich verbreiten an alle Freunde und Bekannten, die ebenfalls dieser Auffassung sind, die die Zeitung vertritt und die auch die meine ist. Denn je mehr Leute sich dafür interessieren, um so größer ist die Chance, daß sich was ändert.“





In der letzten Ausgabe der VORAN wurde in einem Artikel („Vom Wirtschaftswunder in die Krise“) gezeigt daß die Bundesrepublik keine sichere kapitalistische Insel ist. Im Gegenteil: Die nächste Krise steht im Jahre 1986 bevor. Wie werden sich die Auswirkungen in der Bundesrepublik bemerkbar machen?

Wir leben in einer Welt, die von den schreiendsten Widersprüchen in der ganzen Menschheitsgeschichte geprägt ist.

In der dritten Welt hat der Kapitalismus Millionen Menschen in Armut und Elend getrieben. Die Krise des Weltwirtschaftssystems seit 1974/75 hat den Lebensstandard in den hochentwickelten Industriestaaten grundsätzlich in Frage gestellt.

In den Ostblockstaaten, China und allen anderen Staaten des „real existierenden Sozialismus“ hat die Weltwirtschaftskrise ihre Spuren hinterlassen. Gleichzeitig wird die dort herrschende Bürokratie immer unfähiger, die hochentwickelte komplexe Wirtschaft weiterzuentwickeln. Alle Widersprüche in Wirtschaft und Gesellschaft rund um die Welt werden sich in den nächsten Jahren zuspitzen und zu explosionsartigen Erschütterungen führen. Das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts wird in die Geschichte eingehen als Epoche der härtesten Klassenkämpfe.

Der Kapitalismus ist heute mehr denn je in der Geschichte ein Weltssystem. Die wirtschaftlichen Zwänge des Weltmarktes sind heute für jedes Land stärker als die des Binnenmarktes. Die Produktivkräfte wurden derart entwickelt, daß sie sich nicht mehr in den nationalen Grenzen bändigen lassen.

Ihren extremsten Ausdruck findet diese Entwicklung in den multinationalen Konzernen. 500 amerikanische, japanische und europäische Konzerne beherrschen heute 80% des Welthandels. Die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit und Verflechtung hat zur Folge, daß sich wirtschaftliche und politische Entwicklungen in einem Land heute weltweit auswirken. Entwicklung ist heute Weltentwicklung und Geschichte wird Weltgeschichte.

Keine Regierung in keinem Land kann mit nationalen Maßnahmen alleine einen Ausweg finden. Internationale Faktoren untergraben heute die nationale Wirtschaftspolitik.

### Krise

Der Kapitalismus ist absolut unfähig, die Gesellschaft weiterzuentwickeln. Es wird nur noch kleine Aufschwünge und immer längere und tiefere Krisen geben. Letztlich läuft die Entwicklung auf eine Weltwirtschaftskrise wie 1929/33 hinaus. Ausgehend von der ungeheuren Verschuldung vieler Länder ist der Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre sehr wahrscheinlich. Der Zusammenbruch von Banken wird den Zusammenbruch von Industriebetrieben nach sich ziehen.

Die politischen Folgen einer solchen Krise werden aber nicht Faschismus und Weltkrieg sein, sondern eine enorme revolutionäre Welle in allen kapitalistischen Staaten. Denn die Arbeiterklasse hat im Gegensatz zu den 30er Jahren keine Serie von Niederlagen hinter sich. Im Gegenteil: Die Wunden der Vergangenheit wurden geheilt. Die Nachkriegsgenerationen haben sich starke Gewerkschaften aufgebaut, die in den letzten Jahrzehnten einen hohen Lebensstandard und beachtliche Reformen durchsetzten.

### Kräfteverhältnis

Das heutige Kräfteverhältnis zwischen den Klassen ist infolge der starken Industrialisierung und Konzentration gekennzeichnet durch eine starke Arbeiterklasse,

eine schwache Bourgeoisie und ein schwaches Kleinbürgertum. Gerade das Kleinbürgertum war in den 30er Jahren die soziale Massenbasis für den Faschismus. Heute gibt es kaum noch Bauern, selbständige Handwerker und kleine Händler, die nach einer revolutionären Periode ohne Sieg der Arbeiterklasse die Basis für eine blutige Konterrevolution bilden könnten.

Beide Weltkriege haben zu Niederlagen für den Imperialismus geführt. Der Hauptgegensatz auf internationaler Ebene besteht heute zwischen dem Imperialismus und der Sowjetunion beziehungsweise den Staaten des „real existierenden Sozialismus“. Jeder konventionelle Krieg birgt für den Imperialismus die Gefahr, noch mehr die Kontrolle über die Welt zu verlieren. Ein Atomkrieg würde die ganze Welt zerstören. Damit würde sich der Kapitalismus selbst auslöschen. Daran aber hat er am wenigsten Interesse.

### Revolution

Kriege werden geführt um Absatzmärkte, Rohstoffquellen und militärische Stützpunkte. Vor allem um die Kontrolle über Absatzmärkte und Rohstoffquellen wird es unter der sich verschärfenden Krise zwischen den kapitalistischen Staaten zu großen Konflikten kommen, die sich mehr und mehr hochschaukeln

in gegenseitige Handelsbeschränkungen, Handelskriege und kleinere heiße Kriege a la Falklandkrieg.

Die politische Entwicklung wird in den nächsten Jahren bestimmt vom Prozeß der sozialistischen Revolution.

In Lateinamerika ist die Revolution bereits voll in Gang. In allen Teilen der dritten Welt brodet es. In Südeuropa zeugen die Wahlsiege der sozialistischen Parteien in Spanien und Griechenland und die Generalstreiks in diesen Ländern von einer vorrevolutionären Situation. Und in Westeuropa waren der Bergarbeiterstreik in Großbritannien 1984/85 und der Massenstreik in Dänemark im April 1985 das Wetterleuchten der kommenden sozialistischen Revolution.

Aufgrund der gegenwärtigen Schwäche des Marxismus wird sich der revolutionäre Prozeß jedoch in die Länge ziehen, weil die Arbeiterklasse ohne marxistische Führung nicht die Macht ergreifen kann.

### Bundesrepublik

Die Bundesrepublik wird keine Ausnahme in dieser Entwicklung bleiben. Die bisherige Stärke und Stabilität der bundesdeutschen Wirtschaft wird sich ins Gegenteil entwickeln. In Zeiten schrumpfender Weltmärkte und wachsender Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Handelspartner wird die hohe Exportabhängigkeit von 34% zu einem Bumerang. Ein Rückgang des Welthandels, zunehmende Handelsbeschränkungen, Handelskriege und ein Auseinanderbröckeln der EG werden die deutsche Wirtschaft tief in den Strudel der Krise hineinreißen.

Wenn keine neuen Märkte entstehen, lohnt es sich für die Unternehmer nicht, durch neue Investitionen

die Produktion zu erweitern, und wenn keine Erweiterung von Produktion und Absatz stattfindet, können auch die Profite nicht mehr auf hergebrachte Weise erhöht werden. Die einzige Möglichkeit für die Unternehmer, ihre Profite zu erhöhen, besteht darin, den Lebensstandard der Massen zu senken.

Der Nachteil dabei ist, daß sinkende Realeinkommen für die Massen den Konsumgütermarkt beschränken und zu neuen Absatzschwierigkeiten führen. Aber die Kapitalisten sehen keine Alternative zu dieser Sackgasse.

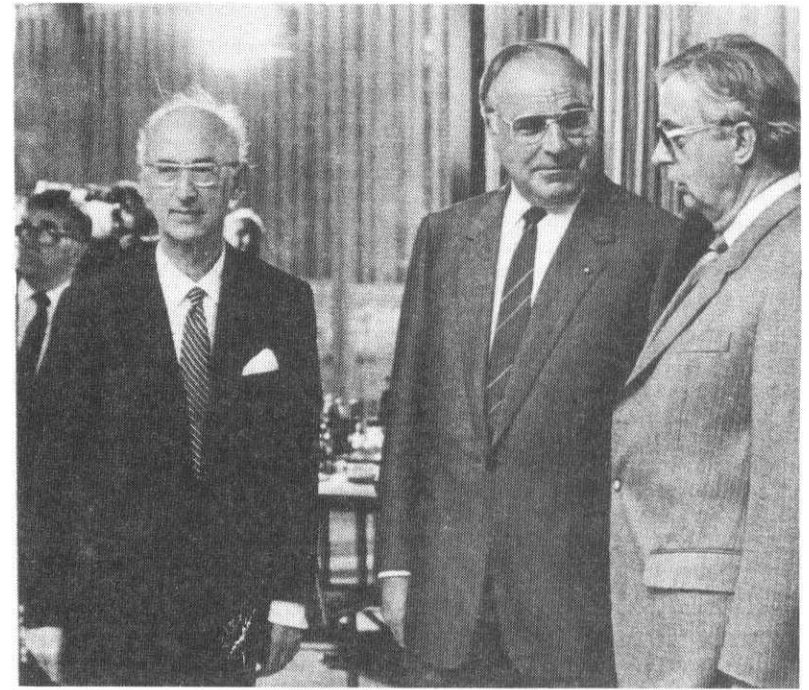
### Umverteilung

Seit der Krise 1974/75 sind die Reichen vor allem deshalb reicher geworden, weil sie den Armen mehr weggenommen haben. Die Arbeitslosigkeit wurde von den Unternehmern genutzt, um die Löhne zu drücken. Was die Unternehmer nicht fertig brachten durch direkte Umverteilung, hat der Staat übernommen. Über Steuerpolitik, Gebührenenthebungen, Sozialversicherungsbeiträge und Sozialabbau wird seit Ende der 70er Jahre eine Umverteilungspolitik von unten nach oben betrieben. Allein die Kohl-Regierung hat in 3 Jahren über 211 Milliarden DM umverteilt.

Doch das Kapital hat längst deutlich gemacht, daß das erst der Anfang sein kann. Seine Absicht ist es, die Lebensbedingungen der breiten Masse drastisch zu verschlechtern. Die Enthüllungen von Günter Wallraff über Leiharbeiter zeigen, daß die Unternehmer keine moralischen Skrupel haben, die Arbeiter durch moderne Formen der Sklaverei auszubeuten.

Die Kapitalisten wissen, daß das Haupthindernis dazu die starken

# Kein Zurück



Arbeitgeberchef Esser, Kanzler Kohl und DGBVorsitzender Breit setzen immer noch auf Sozialpartnerschaft...

Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft hat die bürgerlichen Parteien zum Offenbarungseid gezwungen. Die derzeitige Bundesregierung zeigt sich als absolut unfähig, die wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen. Die ganze Politik läuft darauf hinaus, die Unternehmerprofite mit einer Umverteilungspolitik von unten nach oben zu sanieren und die Gewerkschaften zu schwächen. Doch ergeben sich hierbei beachtliche Probleme. Die bürgerlichen Parteien mußten erkennen, daß die Gewerkschaften ein entscheidender Machtfaktor sind, dessen Widerstand nicht durch ein paar Gesetze zu brechen ist, Wahlsieg hin oder her.

sich im Saarland und in Nordrhein-westfalen und bei Meinungsumfragen zeigt, war ein Schock für die Regierung. Ihr Hauptproblem besteht darin, Politik zu machen für das Kapital, aber mit Wählerstimmen der Arbeitnehmer an der Regierung bleiben zu müssen. Die Kohlregierung ist so schwach, daß sie ohne die weitgehende Passivität der SPD- und Gewerkschaftsführung keinen weiteren Monat überleben könnte.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung noch vor 1987 zurücktreten muß und Neuwahlen durchgeführt werden. Ein SPD-Sieg ist dann fast sicher. Eine neue bürgerliche Regierung ist dann nur vorstellbar nach einer längeren Regierungs-

# Demokratische Planwirtschaft

Gewerkschaften sind. Deshalb verlangen sie die Schwächung der Gewerkschaften durch Anti-Gewerkschaftsgesetze. Bevor sie es jedoch mit diesen mächtigen Organisationen richtig aufnehmen, versuchen sie erst einmal, auf dem Weg des geringsten Widerstands ihre Profite zu steigern.

Dazu gehört z.B. die Privatisierung profitabler öffentlicher Dienstleistungen, aber vor allem die Schröpfung der Schichten, die sich am wenigsten wehren können: Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Rentner, Jugendliche in der Ausbildung. In Zukunft werden jedoch auch die Facharbeiter, Angestellten und Beamten mit starken Angriffen konfrontiert sein. Selbst Bauern und Kleingewerbetreibende haben unter diesen Verhältnissen keine rosige Zukunft mehr.

Die kommende Wirtschaftskrise wird noch verheerendere Auswirkungen haben als die letzte, weil sie bereits mit den Vorzeichen einer hohen Sockelarbeitslosigkeit und hoher öffentlicher Verschuldung belastet ist. Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre ist infolge der Schuldenpolitik mit höheren Inflationsraten zu rechnen, die die Einkommen der Geringverdienenden weiter schmälern werden.

Keine Branche ist sicher vor Einbrüchen in der Krise. In den nächsten Jahren wird es zu neuen Wellen von Massenentlassungen und Betriebsschließungen kommen. Reallohnkürzungen, Sozialabbau, Entlassungen und sonstige Angriffe von Seiten des Kapitals wird die Arbeiterklasse viel weniger als in den letzten Jahren kampfflos hinnehmen.

Es ist das kapitalistische System selbst, das die Massen dazu bringt, den Ausweg der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft einzuschlagen. Das Sein bestimmt das Bewußtsein.

Der Streik für die 35-Stunden-Woche war die erste große Niederlage für das Kapital und seine Regierung nach der „Wende“, wengleich mit einer kämpferischen Gewerkschaftsführung viel mehr drin gewesen wäre. Die Stärke der Arbeiterklasse hat die Regierung bisher daran gehindert, ihre Pläne rücksichtslos durchzusetzen. Rückständige Schichten, die 1983 von der SPD zur CDU abgewandert sind, sind inzwischen vollkommen enttäuscht über die Kohl-Regierung.

### Bankrott der bürgerlichen Parteien

Der rasche Stimmungsumschwung bei den Wählern, wie er

zeit der SPD, in der die SPD-Führung kapitalistisches Krisenmanagement betreibt, härteste Angriffe auf den Lebensstandard der Massen durchführt und keine Zukunftsperspektive aufzeigt. Dann werden sich rückständige Schichten der Arbeiterklasse und die Mittelschichten in ihrer Verzweiflung von der SPD abwenden und einer neuen bürgerlichen Regierung an die Macht verhelten.

Eine neue bürgerliche Regierung wäre aber von Anfang an schwächer als die jetzige Regierung. Die Arbeiterklasse würde den Kampf verlagern von der politischen Ebene auf die gewerkschaftliche und betriebliche Ebene — ähnlich wie in England und Dänemark, wo es unter konservativen Regierungen zu den größten



Ein Vorgeschmack auf die Zukunft: Mit massivem Polizeieinsatz werden Streikbrecher der in die Firma Programma geleitet.



# Die 30'er Jahre



## Ein paar Fakten

### Die Reichen werden reicher...

- ▶ Die Aktiengewinne sind von 1983 bis 1985 um 60% gestiegen.
- ▶ Die 100 größten Konzerne der BRD hatten 1984 15 Milliarden DM Gewinne, das waren 50% mehr als 1983.

### ...die Armen werden ärmer

- ▶ Die Reallöhne liegen heute auf dem Niveau von 1977.
- ▶ 4 Millionen Menschen in der BRD leben an der Armutsgrenze.



...aber viele Arbeiter haben erkannt: Es besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen ihren Interessen und denen der Unternehmer.

Streiks seit 50 Jahren gekommen ist. In der SPD würde eine künftige Wahlniederlage nach der Regierungszeit rechter SPD-Führer und der Druck einer neuen reaktionären CDU-geführten Regierung zu einem enormen Linksrutsch führen und einen noch größeren Wahlsieg unter linken Führern vorbereiten.

Alles in allem arbeitet die Zeit gegen die bürgerlichen Parteien. Egal welche Politik sie einschlagen, die Krise untergräbt ihre Herrschaft.

Die Gewerkschaften sind heute mit ihren 7,67 Millionen Mitgliedern die potentiell stärkste Kraft in der BRD. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“. Dieses Grundgesetz der Gewerkschaftsbe-

in Zukunft verändern. Die Arbeiter werden erkennen, daß sie starke Gewerkschaften brauchen, um ihre Interessen zu vertreten. Der Streik für die 35-Stunden-Woche war eine Wende in der Gewerkschaftsbewegung und die Vorwegnahme noch größerer Streiks und Klassenkämpfe in der Zukunft.

Rückständige bzw. bisher passive Teile von Lohnabhängigen werden all ihre Illusionen in die Sozialpartnerschaft verlieren, wenn Entlassungen, drastische Lohnsenkungen oder verschlechterte Arbeitsbedingungen der Dank der Unternehmer für jahrelanges Wohlverhalten sind. Die Arbeiterklasse wird gezwungen, für ihren Kampf gegen die Krisenla-

len im Saarland und in NRW sind allerdings zurückzuführen auf die Schwäche der CDU-Regierung und nicht auf die Stärke der SPD. Diese Wahlen belegen aber, daß die Massen unter einer Regierung des Kapitals die SPD unterstützen und in ihr die wichtigste Opposition sehen. Dies liegt vor allem daran, daß die SPD seit über 100 Jahren die traditionelle Arbeiterpartei in Deutschland ist.

Nach Meinungsumfragen würde die SPD, wenn jetzt Bundestagswahlen stattfänden, ca. 48% der Stimmen auf sich vereinigen. Das wäre das beste Ergebnis in ihrer ganzen Geschichte. Die Wahlen im Saarland haben gezeigt, daß mit einer

Rezepte aus den 50er und 60er Jahren des Booms nicht mehr anzuwenden sind.

Die SPD wird, wenn sie spätestens 1987 die Regierungsmacht übernimmt, noch weniger Spielraum haben für Reformen als während ihrer letzten Regierungsperiode. Die Arbeitslosigkeit wird höher sein, die öffentlichen Schulden noch größer, der Druck des Kapitals noch intensiver. Reformen werden nur möglich sein, wenn die SPD eine Umverteilung von oben nach unten vornimmt, d.h. die Kapitalisten zur Kasse bittet. Dies wird aber den erbitterten Widerstand der Unternehmer provozieren und früher oder später wird sich die Frage stellen:

hen. Unter diesem Druck wird der rechtsreformistische Flügel geschwächt werden und die Führung an linke Reformisten verlieren. Rechte Funktionäre, die die SPD nach links abwandern sehen, werden sich einzeln oder in Gruppen von der SPD abspalten.

Gleichzeitig wird es wegen der Ungeduld und tiefen Enttäuschung mit einer reformistischen Regierung ohne Reformen neue linke Abspaltungen geben. Die Jusos werden bei dem Linksrutsch der SPD eine zentrale Rolle spielen, weil unter dem Druck der Krise und aus Opposition zur CDU ein neuer Zustrom von Jugendlichen stattfinden wird. Leider ist die gegenwärtige Juso-Führung absolut unfähig, diesen bereits langsam anlaufenden Zustrom in den Aufbau einer starken innerparteilichen Opposition umzusetzen, geschweige denn mit ihrer Politik das riesige Potential unzufriedener Jugendlicher zu organisieren.

Es ist heute notwendig, einen starken marxistischen Flügel bei den Jusos, in der SPD und in den Gewerkschaften aufzubauen. Nur wenn die Arbeiterklasse eine kämpferische Führung hat auf der Grundlage eines sozialistischen Programms hat, wird der vor uns liegende Kampf durch den endgültigen Sturz des Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zugunsten der Arbeiterklasse entschieden werden.

Ursel Beck, Stuttgart  
Jungsozialistin

# Statt kapitalistischer Anarchie

wegung gilt heute mehr denn je. Das Bewußtsein innerhalb der Gewerkschaften hinkt heute jedoch weit hinter den objektiven Bedingungen her.

## Nachkriegsbooms

Objektiv sind die Bedingungen für eine sozialistische Gesellschaft überreif und die Arbeiterklasse ist längst stark genug, die Macht in Wirtschaft und Gesellschaft zu übernehmen. Doch die große Mehrheit der Arbeiter hat noch nicht bewußt mit dem kapitalistischen System gebrochen. Die Arbeiterklasse ist sich ihrer ganzen Stärke noch nicht bewußt geworden.

Der Grund dafür ist, daß im Nachkriegsaufschwung keine offenen Klassenkämpfe nötig waren, um Zugeständnisse zu erhalten. Das hat Illusionen in den Kapitalismus geschürt und gleichzeitig zu einer Bürokratisierung der Gewerkschaften und der SPD geführt.

## Neuer Zulauf

Durch die Politik der Gewerkschaftsspitze werden die Zweifel und Vorbehalte in die Gewerkschaften eher gestärkt als geschwächt, was dann auf eine Schwächung der Gewerkschaften insgesamt hinausläuft.

So hat die Krise die Gewerkschaften gliedermäßig zunächst geschwächt, weil diese nicht in der Lage waren, die Arbeitsplätze zu verteidigen. Skandale um die Neue Heimat, kapitalistische Zustände in gewerkschaftseigenen Betrieben, die anfängliche Diffamierung der Anti-Atomkraft- und der Friedensbewegung hat vor allem Jugendliche davon abgehalten, in die Gewerkschaften einzutreten und aktiv zu werden.

Enttäuscht über das Verhalten der Gewerkschaftsführung sahen die Arbeiter nicht mehr deren grundsätzliche Bedeutung. Dies wird sich

sten die Gewerkschaften in echte Kampforganisationen umzukrempeln.

Arbeitskämpfe in der Zukunft bedeuten mehr und mehr Kämpfe an zwei Fronten: Gegen das Kapital und gegen die Bürokratie in den eigenen Reihen. Rechte Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte werden abgelöst werden von kämpferischen Kollegen. In allen Gewerkschaften sind die ersten Anzeichen einer linken klassenkämpferischen Opposition zu bemerken.

## SPD

Die SPD als politischer Flügel der deutschen Arbeiterbewegung hat eine ähnliche Entwicklung durchgemacht wie die Gewerkschaften. Die Regierungszeit der SPD — in der sie die Verantwortung für die Krise der kapitalistischen Wirtschaft übernommen hat — hat die rechten SPD-Führer bei den Arbeitern jedoch stärker in Verruf gebracht als die rechte Gewerkschaftsführung. Viele Aktivisten haben sich abgewandt von der Parteiarbeit und sich auf gewerkschaftliche Arbeit konzentriert. Radikale kleinbürgerliche Teile sind vorübergehend zu den Grünen abgewandert.

Der Verfall des Kapitalismus, die Unzulänglichkeit gewerkschaftlicher Kämpfe und die Notwendigkeit politischer Lösungen werden aber dazu führen, daß mehr und mehr Arbeiter in der SPD aktiv werden. Allein schon dadurch, daß 60% der SPD-Mitglieder auch Gewerkschaftsmitglieder sind, werden künftige Klassenkämpfe in der SPD ihren Niederschlag finden. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen hat bereits gegen die Parteiobereien die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie gefordert.

Die hervorragenden Wahlergebnisse der SPD bei den Landtagswahlen

offensiven Politik sogar eine absolute Mehrheit für die SPD zu erreichen ist. Dies wäre auch bei Bundestagswahlen möglich. Der Parteivorstand tut aber momentan alles, um die Erwartungen in eine künftige SPD-Regierung zu dämpfen. Kanzlerkandidat Rau hat bereits erklärt, daß er nur die schlimmsten Kürzungen der Kohl-Regierung rückgängig machen wird. Es gibt kein schlüssiges Konzept und kein überzeugendes Programm gegen die kapitalistische Krise und keine Strategie, wie gegen die Macht der Kapitalisten vorgegangen werden soll. Das ganze Dilemma der SPD-Spitze besteht darin, daß die

Wer hat die Macht im Staat, die Arbeiter oder die Großkonzerne?

## Marxistischer Flügel nötig

Wenn die SPD-Regierung vor dem Druck der Unternehmer wie in der Vergangenheit zurückweicht, wird ihr das gleiche Schicksal bevorstehen wie den „sozialistischen“ Regierungen in Frankreich, Spanien und Griechenland. Sie wird ihre eigene Basis zum Gegner haben. Die SPD wird dann von inneren Kämpfen geschüttelt werden. Die Basis wird unaufhaltsam nach links ge-

# Perspektiven der Herrschenden

Trotz aller Sonntagsreden wissen die Herrschenden, welch düstere Zeiten auf sie zukommen. Bereits 1968 wurden die Notstandsgesetze verabschiedet. Während des Streiks für die 35-Stunden-Woche hat der Bundesgrenzschutz (BGS) eine Bürgerkriegsübung inszeniert mit folgender Annahme:

„In den letzten Monaten haben massive Demonstrationen gegen verschiedenste Gesetze und Verordnungen der Bundesregierung stattgefunden. Waldsterben, zunehmende umweltpolitische Skandale wie der Hoechst-Skandal um die Rhein- und Main-Verschmutzung, Kindersterben in der Oberpfalz, verursacht durch Pseudo-Krupp oder die wachsende Zahl von Störfällen in kerntechnischen Anlagen, veranlassen weite Kreise der Bevölkerung, nunmehr immer rigoros von der Bundesregierung zu fordern, ihren Sonntagsreden endlich Taten folgen zu lassen.“

Der anhaltende Streit der Tarifparteien um die 35-Stunden-Woche hat das angespannte innenpolitische

Klima entscheidend verschärft. Ausgehend von zunächst als Schwerpunktstreiks geplanten Aktionen in den Bezirken Nord-Württemberg/Nord-Baden und Teilen Süd-Hessens haben sich jedoch auch andere Bereiche wie IG Druck, ÖTV, Post und andere DGB-Gewerkschaften spontan zu wilden Streiks entschlossen, um Solidarität mit den Genossen bei Metall und Druck zu beweisen. Die DGB-Führung ist von dieser „wildem“ Entschlossenheit an ihrer Basis völlig überrascht worden und hat die Kontrolle über ihre Mitgliedsgewerkschaften verloren.

Die anhaltenden Massenstreiks haben bereits zu erheblichen Lähmungserscheinungen im Wirtschaftsablauf geführt.“

Dieses Szenario ist eine realistische Perspektive für die nächsten Jahre. Daß aber der BGS bewaffnet mit Kanonen, Maschinengewehren und Gewehrgranaten etwas gegen Massenstreiks ausrichten kann, glauben die BGS-Kommandeure wohl selbst nicht. Der ehemalige

Chef des Verfassungsschutzes, Günther Nollau, hat in seinem Buch „Wie sicher ist die Bundesrepublik?“ die Hoffnungslosigkeit für die herrschende Klasse klar und deutlich formuliert:

„Das Bewußtsein der Massen wird eines Tages reif sein, zu erkennen, daß ihre Arbeitsbedingungen, insbesondere die Folgen der Arbeitsteilung ‚inhuman‘ sind, d.h. ihrer Lage als ganzheitliche menschliche Wesen nicht entsprechen. Wenn dieses Gefühl von einer politischen Bewegung umgesetzt werden kann in eine massenhafte Empörung gegen diese ‚Ungerechtigkeiten‘ — dann wird die Lage kritisch. Gegen Terroraktionen kleiner Gruppen kann unsere Gesellschaft ihre Zwangsmittel einsetzen. Ob unsere Demokratie die Kräfte besitzt, Maschinengewehre gegen revoltierende Arbeitermassen zu richten, bezweifle ich. Ein Noske, der 1919 erklärte: ‚Einer muß den Bluthund machen‘, scheint mir nicht in Sicht.“



# Wahlen in Portugal Quittung für Soares

Elf Jahre nach der Revolution vom 25. April 1974 waren am 6. Oktober erneut Wahlen. Sie entscheiden über das Schicksal eines hartgeprüften Landes. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 20-25% in den größten Industriegebieten. Die Reallöhne sind in den letzten Jahren um 15% gesunken. Die Armut treibt ganze Familien in den Selbstmord. Viele Firmen zahlen schon seit Monaten, teilweise seit Jahren keine Löhne. Die Auslandsverschuldung ist proportional gesehen größer als die Brasiliens.

Um es von Anfang an klarzustellen: Die Ergebnisse der letzten Parlamentswahl in Portugal bedeuten keineswegs einen Rechtsruck.

## Kein Rechtsruck

Die Konservativen erzielten ihr schlechtestes Ergebnis überhaupt. So hatte die Christlich-Liberale Partei (CDS) eine klare rechte Politik angekündigt und erhielt damit 9,6% der Stimmen (1983 waren es 14,8%).

Das Kapital hatte angesichts der Stimmung der portugiesischen Arbeiter nun auf die PSD (sogenannte Sozialdemokraten) mit Cavaco Silva an der Spitze gesetzt. Silva ist Wirtschaftsprofessor und ehemaliger Finanzminister. Er benutzt nun sanfte Töne — nichts mehr ist von der früher von ihm offen vertretenen rechten Politik zu hören. Er weiß, daß er damit keine Chance hätte in Portugal. Die PSD hat mit ihren 29% zwar die höchste Prozentzahl der abgegebenen Stimmen erreicht, ist jedoch keineswegs mehrheitsfähig.

Soares, der noch vor kurzem SPD- und Juso-Herzen höher schlagen ließ, hat geerntet, was er mit seiner rechten Politik gesät hat. Im



Elend wie in der Dritten Welt — für Millionen Portugiesen gibt es keine Hoffnung im Kapitalismus

Namen des Sozialismus hat er — wie er sich selbst in einem Fernsehinterview rühmte — die Arbeit erledigt, die die vorige rechte Regierung sich nicht durchzuführen traute. Mario Soares hat die dreckige Arbeit des Kapitals verrichtet und wurde zu Recht von den Meisten als größter Verräter angesehen. Die PS (Sozialistische Partei) verlor fast 16% der

Stimmen (von 36,6% 1983 auf 20,8% 1985) und somit fast die Hälfte der Mandate im Parlament.

Auch die Kommunistische Partei (KP) bot keine Alternative. Ihre ganze Propaganda beschränkte sich auf die Parolen „Nein zu Soares“, „Nein zur Regierung“. Programmpunkte waren weitgehend unbekannt.

Auch kandidierte die KP nicht allein, sondern in einem „Bündnis zur



Kämpferische Pose, aber bürgerliche Politik: Mario Soares

zum Kapitalismus geboten und somit die Energie der portugiesischen arbeitenden Bevölkerung verschleudert und mißbraucht.

## Klare Führung nötig

Auch im gewerkschaftlichen Bereich hat die Politik der KP viele Arbeiter enttäuscht. Sie kontrolliert den größten Gewerkschaftsbund Portugals (CGTP-IN), der in der letzten Zeit zwar viele Demonstrationen gegen die ganze Misere organisierte, vor allem gegen den Skandal der nicht gezahlten Löhne. Aber im Grunde unterstützte er den Kampf und die Streiks der Arbeiter nicht ernsthaft und nicht in ausreichendem Maße.

Die zahlreichen Demos sind zum Luft-ablassen da, nicht zum ernsthaften Kampf — so der Eindruck vieler, die sich alleingelassen fühlen.

Sowohl KP als auch PS haben nicht die heißersehnte Alternative. Die enttäuschten Portugiesen wandten sich hoffnungsvoll der bürgerlichen Partei des Staatspräsidenten Eanes (PRD — Demokratische

Erneuerungspartei) zu. Sie versprach, gegen den Politikermief vorzugehen. Das Programm war die Person Eanes an sich, der sich einen Namen als einigermaßen „ehrlich“ gemacht hat.

Diese Partei hat auf Anhieb mehr Stimmen erhalten als die KP. Dies zeigt, welche Stimmung im Lande herrscht — tiefe Enttäuschung! Die Meisten fragen sich: „Was sollen wir tun? Es gibt keine Partei, die für Sozialismus kämpft. Nur Parolen und nichts dahinter!“ Ein Arbeiter drückte es so aus: „Ich bin es leid, immer nur das kleinere Übel zu wählen.“

Sogar die bürgerlichen Medien können nicht die Augen vor der dramatischen Situation verschließen. In einer bürgerlichen Zeitung wurde ironisch, fast verbittert dargestellt: „Die Politiker aller Parteien stellen sich so dar als wüßten sie von nichts, als wären sie Unschuldengel, die gerade in Portugal ankamen, und an der Misere unbeteiligt...“. Und weiter: „Alle Politiker schreiben, daß Portugal ein verbranntes Land sei, aber was sie nicht sagen, ist — die einen haben das Feuer gelegt und die anderen haben kräftig gepustet, damit es richtig brennt.“

Eins ist mal wieder klar. Solange keine politische Führung aufgebaut wird mit einem klaren Programm für den demokratischen Sozialismus, solange wird das Volk unter den verheerenden Folgen des Elends und der Demoralisierung leiden. Klarer denn je zuvor stellt sich die Alternative: Sozialismus oder Barbarei.

Maria Clara Roque, Wiesbaden  
Jungsozialistin

## Internationale Notizen

### USA/Kanada

Insgesamt 80.000 Beschäftigte des Automobilkonzerns Chrysler streikten für höhere Löhne und größere Sicherheit der Arbeitsplätze.

### Italien

18 Millionen Arbeitnehmer legten für zwei Stunden die Arbeit nieder und protestierten damit gegen die von der Regierung verfügten Kürzungen im Sozialbereich.

### Belgien

Die Eisenbahner legten aus Protest gegen die geplanten Steuererhöhungen für Nachdienstprämien spontan für vier Stunden die Arbeit nieder.

### Griechenland

Mehrere Streikwellen mit jeweils mehreren hunderttausend Beteiligten überrollten das Land seit Anfang Oktober. Die Bewegung umfaßt alle Bereiche der Privatwirtschaft und des öffentlichen Dienstes und richtet sich gegen das Sparprogramm der regierenden Sozialistischen Partei.

In Griechenland gibt es 2,5 Millionen Arbeiter.

### Spanien

In Madrid und Las Palmas streikten die Fluglotsen. Sie fordern 50% Lohnerhöhungen.

### Bangladesch

Nachdem zwei Arbeiter während einer Protestaktion für Lohnerhöhungen und die Wiedereinführung der Gewerkschaftsrechte von der Polizei getötet worden waren, kam es zu einem sechsständigen Generalstreik.

### Bundesrepublik Deutschland

Zum ersten Mal seit 14 Jahren hat die ÖTV zu einem nationalen Streik bei der Lufthansa aufgerufen. Es geht darum, nach welchem Prinzip die Gewinnbeteiligung an die Beschäftigten ausgeschüttet werden soll. Der erste von der Gewerkschaftsführung ausgehandelte Kompromiß war von der Tarifkommission zurückgewiesen worden.

## Wahlen in Belgien

# Kurze Frist für Martens

„Belgier billigen strikten Sparkurs von Martens“ — so verkündeten die bürgerlichen Zeitungen den Wahlsieg der konservativen Koalition Belgiens im Oktober. Ein Blick auf den Wahlkampf und auf die Ergebnisse zeigt aber ein anderes Bild als das, was und durch diese Überschrift vermittelt wurde.

menzuwachs. Daß die belgischen Arbeiter jeden Tag erfahren müssen, wie die Fronten verlaufen, kann man anhand der Ergebnisse der nationalistischen Parteien sehen. Die flämischen Nationalisten „Volksunie“ verloren vier ihrer 20 Sitze, die französisch sprechende Partei FDF aus der Wal-



Fabrik zu verkaufen — ein häufig zu sehendes Schild im Zeichen der Krise

Die Wahl hat gezeigt, daß die Interessen der Arbeiter und des Kapitals in den letzten Jahren in Belgien weiter auseinandergetrieben worden sind. Ein Prozeß der Polarisierung findet jetzt statt. Das heißt: Je mehr die wirtschaftliche Krise sich vertieft, desto stärker spaltet sich die Gesellschaft in zwei Lager. So verbuchten sowohl die konservative Partei (die Christlich-Sozialen) von Ministerpräsident Martens als auch die Sozialisten einen 4%igen Stim-

menzuwachs. Die Wahl mußte auf drei ihrer sechs Mandate verzichten. Viele Belgier haben also gesehen, daß nicht die jeweils andere Nationalität an ihren Problemen schuld ist, sondern daß nur Flamen und Wallonen gemeinsam eine Lösung finden können.

Martens sieht das Wahlergebnis als Bestätigung seines Sparprogramms, aber die Koalition gewann nur zwei Sitze hinzu. Die flämischen liberalen Koalitionspartner verloren sogar sechs Sitze!

Für die Sozialistische Partei war das Ergebnis zwar positiv, andererseits aber auch enttäuschend, da die konservative Mehrheit nicht gebrochen wurde. In der französisch sprechenden Wallonie haben die Sozialisten in den letzten Jahren keinen Widerstand gegen die konservativen Kürzungen organisiert. Eher im Gegenteil. Ein Beispiel bietet die Stadt Lüttich, in der die Sozialistische Partei die Mehrheit hat. Als diese Stadt vor zwei Jahren bankrott war, spielten sich hier solche Szenen ab wie Straßenschlachten zwischen den städtischen Angestellten und der Polizei.

Sowohl damals als auch jetzt organisierten die wallonischen Sozialisten keinerlei Widerstand gegen die kapitalistische Sparpolitik, noch entwickelten sie irgendeine Alternative dazu.

Im jetzigen Wahlkampf haben sie gesagt, daß sich „über Nacht“ nichts ändern würde, wenn sie an die Regierung kämen. Kein Wunder, daß sie keine Stimmen hinzugewonnen haben!

Im flämisch sprechenden Flandern waren die Sozialisten viel radikaler. Sie forderten unter anderem: — ein absolutes Nein zur Raketenstationierung — daß die Kürzungen rückgängig gemacht werden — eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes bzw. der Arbeitslosenhilfe — gleitende Lohnskala — Arbeitszeitverkürzung.

## Reformen

Auf die Reaktion der bürgerlichen Parteien: „Alles schön und gut, aber wo soll das Geld herkommen?“ haben sie aber nur sehr unbefriedigende Antworten gegeben. Eine Idee war, die höheren Einkommen zu versteuern und mit diesen Geld neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die untere Grenze für diese Steuer wäre jedoch so niedrig gewesen, daß auch besser verdienende Arbeiter zur

Kasse gebeten worden wären.

Das gab der kapitalistischen Presse und den bürgerlichen Parteien die Gelegenheit, mit dem Zeigefinger in Richtung Mitterands Frankreich zu zeigen, wo Reformen sich in Konterreformen verwandelt haben. Dies beweist schon wieder: Es kann keine dauerhaften Reformen geben (und schon gar nicht in der Krise!), wenn man nicht dem Profitsystem und seinen Eigentumsverhältnissen eine sozialistische Planwirtschaft gegenüberstellt.

Die Stimmengewinne für die Sozialisten kommen von Arbeitern und ihren Familien in den Städten. Zum großen Teil waren es auch die linken Kandidaten, die die zusätzlichen Stimmen an Land ziehen konnten. In Ostende konnte der sozialistische Kandidat und Anhänger der marxistischen Zeitung VONK (einer Schwesterzeitung von VORAN) vom 11. auf den 3. Platz in der Kandidatenliste aufrücken.

## Klassenkämpfe

Im Wahlkampf benutzten Martens und seine Koalition Parolen wie: „Wir haben 4/5 des Weges schon geschafft“ und „Es ist Licht am Ende des Tunnels“. Solche Sprüche könnte Martens in 1-2 Jahren bereuen. Die wirtschaftliche Lage wird sich für die belgischen Arbeiter in den nächsten zwei Jahren nicht verbessern. Ihre Enttäuschung mit der Koalition ohne die Perspektive einer parlamentarischen Änderung wird den Klassenkampf in die Betriebe verlegen. Es ist damit zu rechnen, daß in einem, aber spätestens in zwei Jahren die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen sich häufen und möglicherweise zu vorzeitigen Neuwahlen führen werden. Herr Martens und seine Freunde sollen sich nicht zu früh über ihren Sieg freuen.

Stuart Garvie, Köln  
Jungsozialist





# USA vor der nächsten Krise Größtes Rüstungsprogramm seit Hitler

Bei den Gipfelgesprächen zwischen den USA und der UdSSR zur „Strategischen Verteidigungsinitiative“ im November ging es um die Stationierung von Waffenabwehrsystemen im Weltraum. Diese sollen angeblich nicht nuklear sein und ausschließlich dem Abfangen von atomaren Erstschlagwaffen dienen.

Im STERN Nr. 85, September 85 kommentiert der Ex-US-Außenminister seine Vorstellung eines idealen Verhandlungsergebnisses, wonach die Mehrfachsprengköpfe beidseitig vermindert und die Entwicklung der „strategischen Verteidigung“ vorangetrieben werden soll. So könnte nach Kissinger die Gefahr einer „nuklearen Apokalypse“ stark vermindert werden. Sind die US-Imperialisten plötzlich um den Fortbestand der Menschheit besorgt?

Wohl kaum. Wie SDI nämlich technisch funktionieren soll, weiß noch niemand. So wird z.B. der Einsatz von Laserstrahlen erwogen. Der ist aber nur bei klarem Wetter möglich und benötigt riesige Energiequellen. Um diese im Weltraum zur Verfügung zu haben, wären große außerirdische Stationen notwendig, die relativ leicht zerstört werden können, schon dadurch, daß man ein paar Nägel in die Umlaufbahn schießt.

Man muß klar sehen: Es handelt sich bei der ganzen Sache um ein Forschungsprojekt. Ob diese Forschungen überhaupt zu brauchbaren Resultaten führen, ist noch dahingestellt.

Und: „Zuerst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.“ Dieses Zitat von Bert Brecht drückt alles aus, was politische Handlungsweisen ausmacht. Rüstung an sich ist kein Selbstzweck.

## Profitinteresse

Sie dient dazu, in einer zugespitzten wirtschaftlichen und politischen Lage den kapitalistischen Konkurrenzkampf mit anderen Mitteln fortzusetzen. Die Art und Weise der Rüstung ist abhängig vom technologischen Stand des Landes, von den Möglichkeiten der Stationierung und vom Profitinteresse der Rüstungsindustrie. Nicht anders verhält es sich bei SDI.

Wie Kissinger sagt, soll die konventionelle Ausstattung die USA unabhängig von Nuklearwaffen machen. Dies wohl aus wirtschaftlichen Gründen, denn die für solche Waffen nötigen radioaktiven Stoffe sind begrenzt vorhanden, teuer und letzten Endes für den Schrott. Außerdem dürften hier die Entwicklungsmöglichkeiten weitgehend ausgeschöpft sein, so daß die Rüstungsindustrie nicht mehr mit viel profitbringenden Neuschöpfungen aufwarten kann. „In den nächsten 10 Jahren muß entscheidendes Gewicht auf die konventionellen Streitkräfte gelegt werden, wozu uns ohnehin die technologische Entwicklung zwingt.“ (Kissinger)

## Imperialismus

Die Schwerpunktlegung auf die Entwicklung konventioneller Waffen hat aber sicherlich auch noch andere Gründe: Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es überall in der Dritten Welt Befreiungskriege gegen die Imperialisten. Die USA als jetzt größte kapitalistische Weltmacht hat natürlich kein Interesse an der Fortsetzung dieser Bewegungen, die aber angesichts der wirtschaftlichen Lage der ausgebeuteten Länder eben in den nächsten 10 Jahren unvermeidlich werden. Um dieser Bedrohung militärisch begegnen zu können, greift man nach wie vor zu konventionellen Waffen.



500 Milliarden Dollar will Reagan für Rüstung ausgeben, während Tausende auf Suppenküchen angewiesen sind.



Technisch zweifelhaft: Hirngespinn SDI

Daß die Kapitalisten aus wirtschaftlichen und politischen Gründen großes Interesse an der Weltraumrüstung haben, spricht eher gegen einen Erfolg von Abrüstungsverhandlungen. Die USA versuchen, die UdSSR wirtschaftlich in die Knie zu zwingen (das Programm kostet immerhin ca. 500 Milliarden Dollar! Das entspricht dem westdeutschen Bundeshaushalt von 4-5 Jahren).

## Wirtschaft

Und: Durch Investitionen in die Rüstungsindustrie versucht Reagan, der amerikanischen Wirtschaft einen neuen Wachstumsimpuls zu geben. Die ganzen Verhandlungen mit den europäischen Ländern um eine Beteiligung am SDI-Projekt dienen nur dem Ziel, das amerikanische Know-how auf Kosten anderer Staaten zu vergrößern und so ihre Wirtschaft auf Kosten anderer Staaten zu sanieren.

Das mag kurzfristig gelingen. Dann wird es aber um so heftiger zurückschlagen: Durch noch größeres Haushaltsdefizit und in dessen Gefolge wachsende Inflation. Es ist jetzt schon fraglich, ob die 500 Milliarden Dollar aufgebracht werden können, aber eine kommende Krise würde die Kosten noch weiter in die Höhe treiben und eine Finanzierung unmöglich machen. Man darf nicht vergessen: Die erwartete Laufzeit des Projekts beträgt 15-20 Jahre!

Aber selbst erfolgreiche Verhandlungen würden den Weltfrieden nicht näherrücken. Solange es Herrschende gibt, die ihre Privilegien gegenüber den unterdrückten Arbeitern verteidigen müssen, sind sie dabei auf Waffen angewiesen. Dies gilt sowohl für die westlichen Kapitalisten als auch für die Ostblockbürokraten. Letztere haben durch militärische Eingriffe bei Arbeiteraufständen (Ungarn 1956, CSSR 1968, Polen 1980) gezeigt, daß sie ihre Waffen nicht nur zur Verteidigung gegen die bösen Imperialisten brauchen. Der Frieden ist erst dann gesichert, wenn die Arbeiter in aller Welt die Macht und damit die Kontrolle über die Abrüstung haben.

Iris Cirkel-Kuhlmann, Remscheid Jungsozialistin

## Trotz Manöver der polnischen Bürokratie Einzigste Lösung: Arbeiterdemokratie!

Mitte Oktober fanden in Polen Parlamentswahlen statt. Wählen konnte die polnische Bevölkerung aber nur zwischen Teilnahme und Wahlboykott, zu dem die verbotene Gewerkschaft „Solidarność“ aufgerufen hatte. Die Sitzverteilung im neu zu „wählenden“ Parlament war schon vorher von der Regierung festgelegt worden. Die Regierung sprach von einer Wahlbeteiligung von 78,8% (1980 98,87%). Nach Angaben der „Solidarność“ gingen dagegen in den großen Städten nur durchschnittlich 66% der Wahlberechtigten zur Wahl. Die Regierung hatte vorher mit einem nie dagewesenen propagandistischen Aufwand für die Wahl geworben.

Dann fand Mitte November eine Kabinettsumbildung statt. Die spektakulärste Veränderung bestand darin, daß Außenminister Olszowski „zurücktrat“. Er ist ein Vertreter der Moskauer harten Linie.

All das zeigt, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht tot ist, und daß sich die Regierung der Gefahr bewußt ist, die von der polnischen Arbeiterklasse nach wie vor ausgeht.

Im Dezember 1980 wurde der Gewerkschaftsapparat der „Solidarność“ von der Regierung zerschlagen und das Kriegsrecht ausgerufen. Wie bereits bei den vergangenen Aufständen war es der Bürokratie wieder einmal gelungen, sich durch hinhaltende Zugeständnisse und anschließend brutales Vorgehen ihre Macht zu sichern.

Aus diesen Ereignissen kann man die folgenden Lehren ziehen: Solange die Bürokratie mit ihrem Staatsapparat nicht zerschlagen wird, ist jeder Aufstand der Arbeiter zum Scheitern verurteilt. Die politische

Revolution kann nur erfolgreich sein, wenn von der Arbeiterklasse eine Führung aufgebaut wird, die entschlossen ist, die Macht auf demokratischer Grundlage zu übernehmen.

Die Führer der „Solidarność“ glaubten leider, daß ein friedliches Nebeneinander von freier Gewerkschaft und Bürokratie möglich sei. Aus Angst um ihre Privilegien ist die herrschende Schicht nicht bereit, eine echte Arbeiterdemokratie zuzulassen. Aber auch der Sieg der Bürokratie ist nur ein Sieg auf Zeit. Die Regierung konnte zwar einige Führer der „Solidarność“, aber nicht alle 10 Millionen Mitglieder verhaften.

Verschwendung, Mißwirtschaft und sinkender Lebensstandard der Bevölkerung sind die zwangsläufigen Folgen einer bürokratischen statt demokratisch geplanten Wirtschaft. Hinzu kommt im Falle Polen, daß das Land hochverschuldet ist (insgesamt 2,7 Milliarden Dollar müßten dieses Jahr zurückgezahlt werden!). Die nächste große Krise steht also ins Haus. Daher wird es auch in den nächsten Jahren immer wieder Versuche der Arbeiter geben, sich der schmarotzerischen Bürokratie zu entledigen.

Die Arbeiter haben aus ihren früheren Niederlagen gelernt. Der Aufstand 1980/81 war wesentlich besser organisiert als die vorhergehenden. Bei einer konsequenten Umsetzung dieser Erfahrungen kann es ihnen in den kommenden Kämpfen gelingen, das verhaßte Regime endgültig zu stürzen und eine sozialistische Demokratie aufzubauen.

Georg Kümmel, Aachen Jungsozialist

## Abrüstung durch Verträge?

1926: Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Deutsch-sowjetischer Freundschaftsvertrag.

1933: Im Oktober bekundet Hitler in einem „Aufruf an das deutsche Volk“ den „Willen, eine Politik des Friedens, der Versöhnung und der Verständigung zu betreiben“.

1934: Nichtangriffspakt zwischen Hitler und dem polnischen Diktator Pilsudski.

1935: Deutsch-englisches Rüstungsbegrenzungsabkommen.

1935: Hitler-Stalin-Pakt, der den gegenseitigen Nichtangriff zum Inhalt hat, wird veröffentlicht. In einem geheimen Zusatz wird die Aufteilung Polens geregelt.

Kein einziger Vertrag hinderte

den Hitler-Faschismus daran, nach Schaffung der politischen Voraussetzungen und der militärischen Stärke sämtliche Verträge zu brechen und einen barbarischen Krieg anzuzetteln.

Und der US-Imperialismus bricht Verträge genauso wie andere imperialistische Mächte vor ihm. Man betrachte nur die heuchlerischen Versprechen, „in aller Welt Demokratie und Menschenrechte zu fördern“ und die gleichzeitige Unterstützung der Militärdiktatur beim NATO-Partner Türkei.

Es hat sich auch inzwischen gezeigt, daß die UNO dem Völkerbund an Unwirksamkeit in nichts nachsteht.



## Neue Technologie

# Kontrolle über Arbeit und Technik

Auf der Grundlage technischer Neuerungen und stürmischer Industrialisierung konnte die organisierte Arbeiterbewegung in den letzten 100 Jahren Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und des Lebensstandards erkämpfen. Die Entwicklung der Produktivkräfte war für Marx die Voraussetzung, den Sozialismus aufzubauen. Der technische Fortschritt macht die materielle und politische Befreiung des Menschen erst möglich.

Die Grünen, aber auch Jusos und SPD-Linke sehen vor allem die bedrohliche Seite des technischen Fortschritts. Dies widerspiegelt die Befürchtungen weiter Bevölkerungsteile angesichts von Computern, Robotern, durch Maschinen fremdbestimmter Arbeit, vor allem aber angesichts der Bedrohung des Arbeitsplatzes durch die Technik.

Die Mehrheit der linken und grünen Theoretiker hat daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß die Technik zur Katastrophe für Mensch und Natur wird. Das Zauberwort heißt Ökologie.

Die Jungsozialisten haben sich auf ihrem Kongreß in Lahnstein mit dieser Problematik befaßt. In einem Leitartikel „Anders leben — anders arbeiten“ streben sie die Umgestaltung der gesamten Produktion nach „sozialen, humanen und ökologischen Kriterien“, die Möglichkeit zu „schöpferischer oder selbstbestimmter Eigentätigkeit“ an. Kurzfristige Forderungen sind:

— Ein Beschäftigungsprogramm, verbunden mit einem Umwelt- und Sozialprogramm

— Stärkung genossenschaftlicher und gemeinwirtschaftlicher Betriebe

— Die Einrichtung eines Instituts für Arbeit und Technik, das ein Programm „Humanisierung des Arbeitslebens“ erstellen soll.

Marx selbst war sich der Folgen bewußt, die die Technik für Natur und Menschen haben konnte (siehe auch VORAN Nr. 74). Er konnte sie natürlich nicht in ihrer ganzen, sich

verschärfenden Vielfältigkeit vor-aussehen.

Doch die Zuspitzung der Umweltbelastungen sollten uns nicht kopfscheu machen: Nicht die Technik stellt die Bedrohung für den Menschen dar, sondern die Art und Weise, wie sie für oder gegen den Menschen genutzt wird. Entscheidend ist, wieviel Gelder und menschliches Wissen für die Erforschung umweltfreundlicher Produktionsverfahren zur Verfügung gestellt werden, und ob der arbeitende Mensch die Entscheidungen über Produktion und Arbeitsbedingungen bestimmt.

## Möglicher Nutzen

Man könnte sich auch ganz angenehme „Folgen“ der Technisierung vorstellen, wie zum Beispiel:

● Eine drastische Verkürzung der Arbeitszeit durch

— Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle, also Einbeziehung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß

— Einsatz aller bekannten, erforschten und technisch beherrsch-

baren Verfahren, die menschliche Arbeitskraft überflüssig machen

— Schluß mit der bewußten Verschleiß-Produktion; Anwendung aller Verfahren und Patente zur Verlängerung der Lebensdauer von Konsumgütern

● Abschaffung von monotoner und schwerer Arbeit durch

— weitgehende Automatisierung

— Einsatz von Robotern für solche Arbeiten, wo immer dies heute schon möglich ist

— Gelder zur Erforschung weiterer humaner Anwendungsmöglichkeiten

— Zusammenfassung verschiedenster Arbeitsgänge durch Computereinsatz statt weiterer Zerstückelung

● Erfassung der gesellschaftlichen Bedürfnisse und koordinierte Planung der Produktion zur Vermeidung von Wirtschaftskrisen durch

— Ermittlung der Verbraucherwünsche über Systeme wie Bildschirmtext

— Schnelle und flexible Umsetzung dieser Daten durch Computereinsatz im Produktionsbereich.

## Verstaatlichung

Dies alles ist natürlich nur möglich, wenn die Produktionsmittel in gesellschaftlichem Eigentum sind und unter demokratischer Kontrolle und Planung stehen, um Mißbräuche auszuschließen.

Ohne Verstaatlichung der Industrie, ohne Kontrolle der Arbeiter und Angestellten, ohne die Aufstellung eines an den Bedürfnissen der Bevölkerung statt an Profiten orientierten Wirtschaftsplans geht es nicht. Und gerade diese Forderung stellen die Jusos nicht in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen.

Darin stimmen sie überein mit der Parteilinken, die Peter von Oertzen so vertritt: „Ich würde entschieden



Als gäbe es nichts besseres zu tun!

abzuziehen von einer Prinzipien-Debatte über Vergesellschaftung als solche oder Investitionslenkung als solche oder Planwirtschaft als solche. Ich würde sehr wohl zuraten zu einer Diskussion über Institutionen und Instrumente wirkungsvoller Planung...“ (Sozialistische Praxis Nr. 4/85)

Es geht doch nicht um Vergesellschaftung als Selbstzweck. Aber ohne Enteignung des Kapitals sind eben leider keine „Instrumente wirkungsvoller Planung“ zu entwickeln. Man kann nur kontrollieren und einplanen, was einem gehört. Die Kapitalisten sehen nicht zu, wie ihnen durch Ausbau der Mitbestimmung Stück für Stück die Kontrolle über ihr Eigentum und über die Produktion entrissen wer-

den soll.

Schließlich dienen auch der kapitalistische Staat und seine Einrichtungen genau dazu, die bestehende Eigentums- und Wirtschaftsordnung zu verteidigen. Darum ist es auch so unsinnig, Forderungen nach Kontrolle an genau diesen Staat zu richten. Soll der Teufel von seiner Schwiegermutter kontrolliert werden?

Nein, der einzig mögliche Garant für Kontrolle der Produktion ist die organisierte Arbeiterschaft. Aufgabe der Jusos und der SPD ist es, die positive Nutzung der technischen Möglichkeiten auf der Grundlage eines sozialistischen Programms aufzuzeigen und dafür zu mobilisieren.

Astrid Sauer, Köln  
SPD-Mitglied

## Gleichberechtigung?

# Frauenquote - Nein danke

Seit einiger Zeit wird auch in der SPD die Forderung nach Quotierung für Frauen (d.h. gleiche Verteilung aller Posten auf Männer und Frauen) diskutiert. Die sozialdemokratischen Parteien Schwedens und Österreichs haben bereits Frauenquoten in der Partei beschlossen (Schweden: 40%; Österreich: 25%). Die Jusos haben die Drittel-Quotierung beschlossen; die AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) in der SPD fordert 40% der Mandate.

Auf dem letzten AsF-Kongress sagte die Vorsitzende, Inge Wettig-Danielmeier: „Erst dann, wenn wir die 50% erreicht haben, brauchen wir keine AsF mehr. Dann können wir uns ganz der Parteiarbeit widmen.“

Da kommt doch die Frage auf: Was sollten eigentlich die Aufgaben der AsF sein? Wenn man die jetzige Lage betrachtet, kann man sich des

Eindrucks nicht erwehren, daß die AsF nicht etwa dieses frauenfeindliche System ändern will, sondern darum kämpft, ein möglichst großes Stück aus dem Karrierekuchen zu bekommen.

## Arbeit an der Basis

Die Bergarbeiterfrauen in England haben sich mit ihren Männern solidarisch erklärt und genau wie sie gekämpft. Diesmal für die Rechte ihrer Männer, die aber auch sie tief betrafen. Genau so werden ihre Männer für die Rechte ihrer Frauen kämpfen, wenn es nützt. Sie haben nicht um einen Sitz im Parlament gekämpft, sondern um das tägliche Brot ihrer Kinder und für die Arbeit ihrer Männer. Hier waren es die Basis-Frauen, die sich zusammenschlossen, um ihr Recht auf Brot und Arbeit zu verteidigen.

## Frauen aktivieren

Was tut die AsF an der Basis? Mobilisiert sie die Frauen, damit sie sich überhaupt erst einmal mit Politik befassen? Oder ist der Blick zu sehr nach oben gerichtet, so daß das Unten gar nicht mehr wahrgenommen wird? Von 45 Kölner Ortsvereinen haben 6 einen weiblichen Ortsver-

einsvorsitzenden. So sieht es doch an der Basis aus!

Hier ist doch die Hauptaufgabe zu sehen: Die Frauen zu ermutigen, sich zu aktivieren. Hindernisse im häuslichen Bereich beseitigen helfen. Dafür sorgen, daß die besonderen Probleme der Frauen in der Öffentlichkeit, in der Partei, bei Veranstaltungen und Veröffentlichungen aller Art nicht unter den Tisch gekehrt werden. Auf Kinderbetreuungsmöglichkeiten während politischer Veranstaltungen zu drängen, damit Mütter, Väter, Eltern — vor allem die Frauen teilnehmen können, deren Männer etwas dagegen haben.

Kurz: Den Frauen auf jede denkbare Weise den Weg zum politischen Engagement ebnen. Dies ist vor allem für Arbeiterfrauen wichtig. Frauen aus der Mittelschicht haben es da oft leichter. Und die AsF muß aufpassen, daß sie sich nicht vor den Karren der Karriere Wünsche kleinbürgerlicher Frauen spannen läßt.

## Selbstverwirklichung für wen?

Man sollte in einer sozialdemokratischen Frauenbewegung dafür sorgen, daß den Frauen, und zwar allen Frauen, die Möglichkeiten für politische und berufliche Bildung



Für Quotierung: AsF-Vorsitzende Inge Wettig-Danielmeier

gegeben werden. Der Mutter von zwei Kindern, die hinter dem Schreibtisch eines Büros sitzt, sollte die Chance geboten werden, sich qualifizieren zu können ohne ihren Arbeitsplatz und ihren Verdienst zu verlieren.

Frauen, deren Männer einen guten Job haben, fällt es leicht, sich zu verwirklichen, wie es so schön heißt.

Wenn sie aus dem Beruf oder dem Hausfrauendasein aussteigen wollen, um noch einmal die Schulbank zu drücken, rollt der Rubel weiter. Sie werden auch noch von allen Seiten bewundert ob ihrer Dynamik. Da hat so eine kleine Verkäuferin keine Chance, und wenn sie noch so intelligent und begeisterungsfähig ist. Für sie steht ihre Existenz auf dem Spiel. Und gerade dies muß geändert werden.

Dafür sollte sich eine sozialdemokratische Frauenbewegung vehement einsetzen: Kindergärten und Kindertagesstätten in ausreichendem Maße fordern. Vor allem Betriebskindergärten, damit die Eltern in der Nähe ihrer Kinder sein können. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, und vor allen Dingen Arbeits- und Ausbildungsplätze für Alle.

## Systemfrage

Die Frauenfrage in unserem System zu lösen ist unmöglich. Nur in einer sozialistischen Gesellschaft können die Sozialfragen, also auch die Frauenfragen, gelöst werden. Frauen sollten sich nicht in Konkurrenz zu den Männern sehen! Sie sollten sich genau so bilden und politisch aktivieren können, wie es jedem Manne zugebilligt wird. Dann ist keine Quotierung nötig, sondern der Bestgeeignete wird den zu besetzenden Posten bekommen. Ob es ein Mann oder eine Frau ist, wird sich dann zeigen.

Dorothea Kirschbaum, Köln  
SPD-Mitglied



## Jugendunruhen

In den letzten Monaten berichteten die Medien häufig über Jugendunruhen in ganz Europa. Während sie sich in ihren Berichten auf Sensationshascherei beschränkten, ist es für Marxisten wichtig, die Ursachen und auch die Unterschiede bei den einzelnen Protesten klarzumachen.



Keine Arbeit, kein Geld, keine Hoffnung - Jugend im Kapitalismus

## Bücher Bücher...r.

### Ganz unten

Dieses Buch hat nicht zu Unrecht solch ein Aufsehen erregt. Es dokumentiert in erschütternder Weise, wie Hunderttausende von Arbeitern — langsam bei Thyssen z.B. oder auch schneller in Atomkraftwerken — aus Profitinteresse zu Tode gequält werden.

Wallraff schreibt nicht als Außenstehender, sondern er war dabei, er hat es erlebt. Dennoch wird auf alle mögliche Weise versucht, seine Aussagen abzuschwächen.

So lenken viele Medien — Zeitungen und Fernsehberichte — von der Diskussion über die Verhältnisse ab, indem sie Wallraff „illegale Methoden“ vorwerfen, nämlich daß er unter falschem Namen und mit verändertem Aussehen arbeitet. Da frage ich mich nur: Warum tragen die Kontrolleure in der Straßenbahn keine Uniform? Und wieso ist verdeckte Fahndung legal?

Doch auch viele Journalisten waren entsetzt über diese Methoden und das Ausmaß der Ausbeutung. Sie versuchten nun, die beschriebenen Beispiele als „bedauerliche Einzelfälle“ darzustellen. Aber, wie Wallraff schreibt (zu dem Beispiel eines Arbeits-Verleihers):

„Es ging hier nicht um Adler. Er ist in seiner kriminellen Energie und Phantasie eher mittlerer Durchschnitt. Nichts wäre falscher, als ihn zu dämonisieren. Er ist einer von zigtausend Erfüllungshelfern und Nutznießern des Systems der grenzenlosen Ausbeutung und Menschenverachtung.“

Wie weit die Kapitalisten bereit sind zu gehen, zeigt das Beispiel des Arbeitereinsatzes in Kernkraftwerken, wo sie unter lebensgefährlichen Strahlungsbedingungen Reparaturen durchführen müssen.

(Wohin das führt, zeigt eine neue Untersuchung aus den USA, die festgestellt hat, daß 60% der in Kernkraftwerken Beschäftigten drogenabhängig sind. Kommentar eines Arbeiters dazu: „Auch der Totengräber braucht seinen Schnaps“.)

Die Arbeiter-Verleihfirmen sind ohne Skrupel bereit, „ihre“ Arbeiter in den sicheren Tod zu schicken. Wallraff dazu:

„Wir machen alles“, ist die Parole des Kapitalismus, wobei hinzuzufügen wäre: „Alles, was Profit bringt“. Und wenn bisher, von Versuchen im dritten Reich abgesehen (Restverwertung ermordeter KZ-Häftlinge, Wert: 11,50 DM an Fetten und Kno-

chen für Leim pro Leichnam), keine Menschen zu Seife geschmolzen werden, geschieht das nicht aus Gründen der Humanität, sondern es ist nur so, daß es sich nicht lohnt, aus Leuten Seife zu machen.“

Viele Leute haben Wallraffs Buch inzwischen gelesen, Veranstaltungen mit ihm sind schon Stunden vor Beginn völlig ausverkauft. Ein Gefühl, das häufig von Lesern oder Zuhörern geäußert wird, ist „ohnmächtige Wut“.

Sie sollten noch einmal genauer lesen, was Wallraff schreibt. Bezüglich der Menschen-Versuche der Pharmaindustrie macht er einen sehr konkreten Vorschlag:

„Es sollte ein Gesetz verabschiedet werden, daß die Spitzenverdiener in der Pharmaindustrie verpflichtet, sich für Versuche selbst zur Verfügung zu stellen. Die Vorteile wären unübersehbar: Die Leute sind körperlich meist in wesentlich besserer Verfassung als viele der ausgeleiteten Berufsprobanden und könnten sich aufgrund ihres Einkommens auch einen viel längeren Urlaub und Erholungskuren leisten. Die Anzahl der Versuche würde dadurch drastisch zurückgehen und auf ein sinnvolles Minimum beschränkt werden.“

Und daß es eine gesellschaftliche Macht gibt, die diese Verhältnisse verändern kann, und wird, macht der oben schon erwähnte Ausbeuter Herr Adler bei einem Gespräch mit Wallraff/Ali klar, als sie über die steigende Arbeitslosigkeit sprechen:

„Ja, wenn noch mehr Arbeitslose dazukommen, dann gehen die auf die Straße, gehen die auf die Barrikade. Dann gibt's 'n Chaos, dann ist es aus mit unserem Rechtsstaat hier.“

Und welche Angst er davor hat, daß die Arbeiter ihn jetzt schon auffliegen lassen könnten, zeigen all die Maßnahmen, die er zu seinem leiblichen Schutz ergreift und dazu, daß seine Untergebenen sich nicht zusammenschließen:

„Damit sie nicht zuviel zusammen quatschen, hab ich sie anschließend (an eine „Betriebsversammlung“, BK.) schnell wieder einzeln nach Hause geschickt, hab gesagt, jetzt gehst du dahin und du dorthin. Man muß mit den Leuten verdammt aufpassen.“

Günter Wallraff, Ganz unten. Kiepenheuer und Witsch, 19,80 DM.

Barbara Kirschbaum

In Brixton gaben eine 70%ige Jugendarbeitslosigkeit sowie eine katastrophale Wohnraumsituation den Ausschlag für den Ausbruch der Krawalle.

In Frankfurt eskalierte eine gegen die Neofaschisten gerichtete Protestaktion durch das provokative Verhalten der Polizei. Nach dem Tod eines Demonstrationsteilnehmers kam es zu schweren Ausschreitun-

gen. In den nächsten Tagen folgten Demonstrationen und Unruhen in mehreren deutschen Städten.

Die meisten der beteiligten Jugendlichen sehen nicht die Kampfkraft der Arbeiter. Sie glauben, daß die Arbeiter lahm geworden und nicht mehr bereit zu kämpfen sind. Aus Empörung darüber, daß der bürgerliche Staat die Faschisten verteidigt, reagiert eine kleine Minderheit der kleinbürgerlichen Jugend mit Gewaltaktionen. Ihre falsche Idee ist, daß sie meinen, die herrschende Klasse durch Terroranschläge erschüttern zu können.

Reaktionäre Politiker nehmen das zum Vorwand, um den Polizei- und Überwachungsapparat weiter auszubauen. Eine kleine Minderheit kann jedoch die Gesellschaft nicht verändern. Deshalb hat in Südafrika die protestierende Arbeiterjugend ihre Eltern in den Kampf gegen das kapitalistische Apartheitsystem hineingezogen. Dort wird das Begräbnis jedes vom Botha-Regime ermordeten Apartheitsgegners zu einer Massenveranstaltung, an der Tausende und sogar Zehntausende Arbeiter und Jugendliche teilnehmen.

Auch die Schülerstreiks in Großbritannien zeigen, daß dort die Jugend erkannt hat, daß sie mit der Arbeiterbewegung zusammengehen muß. Hunderttausende gingen auf die Straße. Die britischen Jungsozialisten spielten eine wichtige Rolle bei diesen Aktionen. Vor kurzem wurde sogar eine Schülergewerkschaft gegründet.

Der Kapitalismus trägt die Verantwortung dafür, daß Millionen

Menschen in Armut leben müssen und daß die Umwelt zerstört wird. Billige Sozialwohnungen werden deshalb nicht gebaut, weil Spekulanten und Baulöwen nicht genügend Gewinne damit machen können. Andererseits sind tausende Bauarbeiter ohne Arbeit. Noch nicht einmal die Gewinne werden von den Kapitalisten investiert. Sie ziehen Spekulationsmanöver vor.

Die Großaktionäre im Chemiebereich vermehren jedes Jahr ihre buchstäblich „dreckigen“ Profite, während sie sich weiter gegen Umweltschutzmaßnahmen wehren. Ein Kampf gegen diese Mißstände ist gleichzeitig ein Kampf gegen die wirtschaftlich Mächtigen. Der Flick-Skandal zeigt die Verbindung zur politischen Macht.

Arbeiterschaft und Jugend gemeinsam müssen die wirtschaftliche Macht des Kapitals brechen. Die traditionellen Arbeiterorganisationen SPD und Gewerkschaften müssen die Jugendlichen mit einem klaren sozialistischen Programm überzeugen. Der Wahlerfolg Lafontaines beweist, daß mit linken Forderungen auch Wahlen zu gewinnen sind. Wenn SPD und Gewerkschaften mit einem klaren sozialistischen Programm kämpfen, werden auch die Jugendlichen, die heute noch in letztlich sinnlosen Einzelaktionen ihre Energie vergeuden, in die Reihen der Arbeiterorganisationen eintreten.

Jakob Meindorf, Köln, Jungsozialist

## Falken-Veranstaltung in Essen

# Arbeit und Umwelt



Als Beitrag zur DBG-Aktionswoche führte der Kreisverband Essen der Falken eine Veranstaltung zum Thema „Arbeit und Umwelt“ durch. Über 30 Genossen und Kollegen kamen in das Falkenzentrum in Essen-Holsterhausen.

Hans-Gerd Öfinger, Redakteur von VORAN, erklärte in seinem Referat, daß Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung Auswirkungen des chaotischen kapitalistischen Profitsystems sind und nur durch eine sozialistische Veränderung beseitigt werden können. Die Themen Arbeit und Umwelt gehören zusammen.

Nicht der kleine Mann macht die Umwelt kaputt, sondern die kapitalistische Profitgier der Unternehmer. SPD und DGB sind die potentielle Kraft, um Kohl zu stürzen und Arbeit für Alle zu schaffen und die Umwelt zu retten.

Detlev Samland, Bewerber für die SPD-Bundestagskandidatur, zeigte sich mit vielen konkreten Forderungen von Hans-Gerd weitgehend einverstanden. Er meinte jedoch, daß eine radikale sozialistische Politik heute noch nicht auf der Tagesordnung stehen könnte, weil weder Parteibasis noch die Bevölkerung das Bewußtsein hätten. Doch Tatsache ist, daß die SPD-Spitze die Politik der Sozialpartner-

schaft einem klaren sozialistischen Programm vorzieht.

Viele Ansätze von Klassenkämpfen (Streiks, Betriebsbesetzungen usw.) waren in den letzten Jahren vorhanden. Jedoch diese Ansätze wurden von SPD, Jusos und der DGB-Führung nicht aufgegriffen. Hier stellt sich die Frage, wer ist bereit für den Sozialismus zu kämpfen außer den Arbeitern? Auf massive Kapitalflucht kann es nur ein Antwort geben: Enteignung dieser Betriebe unter demokratischer Arbeiterkontrolle.

Bei der Lösung der akuten Umweltprobleme sind sicherlich sofortige Reformen notwendig. Aber um das Problem an der Wurzel zu packen, muß die Systemfrage gestellt werden.

Die Veranstaltung ermöglichte es, die politischen Ziele von VORAN den Essener Genossen deutlicher zu machen, um gemeinsame Perspektiven zu entwickeln.

In diesem Sinne:  
Arbeiter aller Länder vereinigt euch!  
Sevki Köse, Köln  
Jungsozialist

Bernd Dising, Essen  
Jungsozialist



# VORAN

**Prozeß um ermordeten  
KPD-Vorsitzenden**

## Thälmann: Opfer der Nazis — und seiner Politik

Der Prozeß gegen den Exekutionskommandeur im KZ Buchenwald, Wolfgang Otto, zeichnet ein typisches Bild der deutschen Nachkriegsjustiz.

Nach Kriegsende wurde Otto wegen der „Teilnahme an Massengreuel-taten“ zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Kurz darauf wurde die Strafe auf 10 Jahre herabgesetzt. Aber selbst die saß er genauso wenig ab wie die meisten Nazis. Nach 5 Jahren Haft wird Otto freigelassen.

10 Jahre nach der tagtäglichen Durchführung von Exekutionen von KZ-Häftlingen war Wolfgang Otto Beamter und unterrichtete Schüler in Geschichte, Religion und Deutsch.

Den Staatsanwalt, der Ernst Thälmann 1933 verhaften ließ, setzte seine Karriere in der Nachkriegszeit ebenfalls ungebrochen fort. Genau-so typisch ist die jahrzehntelange Ablehnung bzw. Verschleppung neuer Klageverfahren durch Gerichte und die Zentralstelle für die Bearbeitung von NS-Waffenverbrechen. Der Prozeß gegen den SS-Schergen Otto hat nicht nur die Diskussion über die Mörder entfacht, sondern auch um das Opfer Ernst Thälmann.

Mit Thälmann wurde einer der prominentesten Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung von den Nazis umgebracht. Sein Tod galt nicht nur ihm persönlich, sondern allen Mitgliedern und Anhängern der Kommunistischen Partei, deren Vorsitzender und Reichstagsabgeordneter Thälmann war.

Wir müssen verstehen, wie es überhaupt zum Faschismus kommen konnte.

Die KPD wurde 1918 gegründet wegen des Verrats der rechten SPD-

Führung in der Novemberrevolution. Große Teile der Arbeiterklasse erhofften sich von der KPD, daß sie die Arbeiter an die Macht bringen und eine Räterepublik aufbauen würde. Diese Hoffnung wurde bald enttäuscht.

Mit der Stalinisierung Rußlands ab 1924 begann die Umfunktionierung der Kommunistischen Internationale zum außenpolitischen Instrument der stalinistischen Bürokratie.

In Deutschland war es Ernst Thäl-



Rotfront-Kämpfer Thälmann

mann (Spitzname „deutscher Stalin“), der die KPD ab 1925 unter schwe-ren innerparteilichen Auseinander-setzungen auf die stalinistische Linie festlegte. Während die SPD-Füh-rung besonders in den revolutionä-ren Jahren 1918-23 durch ihre rechte Politik den Massen einen sozialisti-schen Ausweg aus der kapitalisti-schen Krise verwehrte, trägt die KPD-Führung durch ihre ultralinke Politik ab Ende der 20er Jahre die Hauptverantwortung dafür, daß es nicht zu einer Einheitsfront von kommunistischen und sozialdemo-kratischen Arbeitern für die Zer-schlagung von Faschismus und Kapi-talismus kam.

vor dem Faschismus retten kann. Entweder — sagt er, — die KPD macht gemeinsame Sache den Sozialdemokraten, oder die deutsche Arbeiterklasse ist auf 10 oder 20 Jahre hinaus verloren. Das ist die Theorie eines völlig bankrotten Faschisten und Konterrevolutionärs. Das ist wirklich die schlimmste, die gefährlichste und verbrecherischste Theorie, die Trotzki in den letzten Jahren seiner konterrevolutionären Propaganda aufgestellt hat.“

### Trotzkis Warnung

Zu dieser Zeit schrieb Trotzki einen seiner letzten Warnrufe an die deutschen Kommunisten:

„Arbeiter, Kommunisten, Ihr siet Hunderttausende, Millionen... Wenn der Faschismus zur Macht gelangt, wird er wie ein furchtbarer Panzerwagen über Eure Schädel und Wirbelsäulen hinweggehen. Rettung liegt nur in unbarmherzigem Kampf. Und Sieg kann nur die kämpfende Verbindung mit den sozialdemokratischen Arbeitern bringen.“

### Thälmanns Politik

1929 vertiefte sie durch ihre Sozialfaschismus-Theorie die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse. Die KPD-Führer um Thälmann klebten allen Gegnern das Etikett „Faschist“ auf. Sie verwirrten damit ihre Anhänger und die gesamte Arbeiterklasse.

Fortsetzung von Seite 1

## Sozialistische Offensive nötig

Natürlich können die SPD-Länder und -Gemeinden die Folgen der kapitalistischen Krise nicht alleine lösen. Doch sie können konkrete Probleme aufgreifen und sie zu Dreh- und Angelpunkten der Mobilisierung gegen die Kohlregierung machen.

Ansatzpunkte zur Organisation des Widerstands der Betroffenen liefert diese Regierung genug. So hat sie per Gesetz die Gehälter für Auszubildende im Krankenpflegebereich um bis zu 40% gesenkt. Die

enteigenen, läßt auf sich warten. Wenn die Kassen des Landes leer sind, sollte auch keine Entschädigung erfolgen. Schließlich ist der Konzern durch die vielen öffentlichen Zuschüsse eigentlich schon längst gekauft.

Statt ARBED anzugreifen, wendet sich die saarländische Landesregierung gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst. Lafontaine will ihnen ab 1. Januar 1986 die Löhne kürzen.

sich vor dem Aufstellen der von ihr erwarteten Forderungen zu drücken.

### Mobilisierung

Wir müssen für die Aufnahme solcher Forderungen, wie die Rücknahme aller Kürzungen im sozialen Bereich, ein Umweltprogramm und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, in Raus Wahlprogramm kämpfen. Wir wollen zurückhaben, was uns Kohl und Kapital genommen haben.

Eine SPD-Regierung wird die Möglichkeit haben, ohne die Bremse FDP und bei entsprechender Mobilisierung und Aufklärung mit der Rückendeckung von Millionen, Maßnahmen zum Wohle der Bevölkerung durchzusetzen, wenn sie dazu bereit ist.

Diese Forderungen könnte die SPD-Regierung sofort durchsetzen:

- Rücknahme aller sozialen Kürzungen
- Schaffung von Arbeitsplätzen durch ein Wohnungsbauprogramm
- Schaffung von Arbeitsplätzen im Umweltbereich, um die zunehmende Vergiftung unserer Umwelt zu stoppen
- radikaler Abbau der Rüstungsausgaben.

### Bruch mit dem Kapital

Reformen können nur dann dauerhaft abgesichert werden, wenn die Macht des Kapitals grundsätzlich gebrochen wird.

Es mag sein, daß zunächst viele Menschen die Illusion haben werden, durch Reformen innerhalb dieses Systems, Schritt für Schritt, zum Sozialismus zu gelangen. Wir Marxisten sagen dagegen, daß ohne Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung der eine Schritt zum Sozialismus am Widerstand der Kapitalisten scheitern muß.

Wollen wir einen Ausweg aus Krise und Elend, muß den Kapitalisten das Eigentum an Produktionsmitteln genommen werden.



Trotzki warnte vor der verhängnisvollen Sozialfaschismus-Theorie

Mit dem Aufruf: „Heraus aus dem Gesamtverband der sozialfaschistischen Verräter“ gründete die KPD-Führung in Konkurrenz zu den sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO). Thälmann zitiert immer wieder Stalins Spruch, daß die Sozialdemokratie und der Faschismus Zwillinge seien.

Die Linke Opposition um Leo Trotzki kritisierte ständig die Politik der KPD. Trotzki rief die Kommunisten Deutschlands zur Bildung einer Einheitsfront gegen den Faschismus auf.

Im September 1923 hetzte Thälmann noch mit folgenden Worten gegen Trotzki Schrift „Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?“:

„In seinem Pamphlet... gibt Trotzki nur eine einzige Antwort, und zwar: Die KPD muß mit der SPD gemeinsame Sache machen... Das ist nach Trotzki der einzige Weg, auf dem sich die deutsche Arbeiterklasse

Eilt, Arbeiter, eilt, Kommunisten, es ist Euch wenig Zeit gelassen!“

Während Trotzki dies schrieb und die Arbeiter erahnten, was auf sie zukomme, verbreiteten Thälmann und die gesamte KPD-Führung Gelassenheit gegenüber der Machtergreifung Hitlers. Noch nachdem Hitler die Macht ergriffen und schon Hunderte von Kommunisten in KZs geworfen hatte, erklärte die Kommunistische Internationale: „Die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur, die alle demokratischen Illusionen in den Massen zunichte machte und die Massen aus dem Einfluß der Sozialdemokratie befreit, beschleunigt das Tempo der Entwicklung Deutschlands zur proletarischen Revolution.“

Was sich in Wirklichkeit dann beschleunigte, war die Konterrevolution. Thälmann war das Opfer seiner eigenen Politik.



Vorher hat's schon nicht gereicht, und jetzt? Krankpflegeschüler protestieren gegen Kürzungen ihrer Ausbildungsvergütung

ÖTV startete bundesweit eine Kampagne dagegen (siehe VORAN Nr. 78). Träger vieler Krankenhäuser sind Gemeinden und Länder — auch SPD-geführte. Hier könnte die SPD der sozialen Demontage der konservativen Regierung entgegen-treten, indem sie sich weigert, solche Kürzungen durchzuführen. Bislang hat dies aber lediglich der Stadtrat von Ludwigsburg (bei Stuttgart) gewagt.

Wenn sich alle SPD-geführten Länder und Gemeinden diesem Schritt anschließen, so würde diese CDU-Gesetzgebung schnell in der Luft hängen. Doch selbst die saarländische Landesregierung hat einen Rückzieher gemacht, nachdem sie der ÖTV zuerst ihre Unterstützung zugesagt hatte.

Auch die Durchführung des populären Versprechens von Oskar Lafontaine, ARBED Saarstahl zu

Die SPD darf sich nicht auf den CDU-Sparkurs begeben, wenn sie nicht ihre Anhänger verprellen will. Schon die Kürzungen unter Schmidt und Genscher hatten bei Wählern und SPD-Basis große Unzufriedenheit ausgelöst. Johannes Rau hat inzwischen sein Versprechen, alle Kürzungen der Kohlregierung im sozialen Bereich zurückzunehmen, wieder fallen lassen. Doch daß selbst Rau diese Forderung aufgestellt hat, zeigt ihre Popularität an der Basis und unter der Bevölkerung.

### Kürzungen

Viele halten es für selbstverständlich, daß eine SPD-Regierung die unsozialen Kürzungen rückgängig macht. Leider versuchen die SPD-Führung und der rechte Flügel der Partei — aus Furcht vor dem Widerstand aus dem Unternehmerlager —

**Ich möchte VORAN abonnieren... und habe 9.60 DM auf das Postscheckkonto VORAN zur sozialistischen Demokratie Nr. 2500 59-430. Pscha Essen überwiesen (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung erfolgt ab Nr. 81 nach Zahlungseingang. Einsenden an: VORAN; Hansaring 4, 5000 Köln 1**

Name: \_\_\_\_\_  
Anschrift: \_\_\_\_\_